
Tagungsbericht

Krise und Reform der Wirtschafts- und Währungsunion und die Zukunft der europäischen Integration

**Symposium am 23. Mai 2011
in Düsseldorf**



**Ministerin für Bundesangelegenheiten,
Europa und Medien
des Landes Nordrhein-Westfalen**



Inhalt

1. Einführung.....	3
1.1. Begrüßung Prof. Dr. Ulrich von Alemann, Heinrich-Heine-Universität.....	3
1.2. Grußwort Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen	7
2. Politische Reaktionen auf die Krise in Europa – Zwischen nationaler Souveränität und europäischer Solidarität.....	13
2.1. Vortrag Dr. Björn Hacker, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin.....	13
2.2. Diskussion.....	20
3. Rechtlicher Handlungsrahmen – Legitimation einer Europäischen Union in der Krise	23
3.1. Vortrag Prof. Dr. Ingeborg Tömmel, Universität Osnabrück.....	23
3.2. Diskussion.....	28
4. Wirtschaftliche Entwicklungen in Europa – Ökonomie der Krise(n) jenseits von politischer Rhetorik	31
4.1. Vortrag Prof. Dr. Gustav Horn, Institut für Makroökonomie und Konjunkturentwicklung (IMK) Düsseldorf	31
4.2. Diskussion.....	34
5. Podiumsdiskussion: Welche Chancen und Probleme ergeben sich für die europäische Integration?	37
6. Anlagen.....	43
6.1. Lebensläufe der Referenten und Moderatoren	43
6.2. Kontaktdaten der Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE).....	47

1. Einführung

1.1. Begrüßung Prof. Dr. Ulrich von Alemann, Heinrich-Heine-Universität

José Manuel Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission, schreibt in seinem Grußwort zur gerade abgeschlossenen Europawoche 2011 in Nordrhein-Westfalen:¹

"Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat Europa hart auf die Probe gestellt."

Er räumt ein:

"Unsere Schwächen sind während der Krise deutlich zutage getreten: die übermäßige Verschuldung der öffentlichen Haushalte, die unausgewogene Wettbewerbsfähigkeit, die fehlende Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion und die mangelnde Glaubwürdigkeit unserer Kontrollmechanismen."

Eine grundsätzliche Krise der europäischen Integration sieht Barroso jedoch nicht. Ganz im Gegenteil argumentiert er:

"Aber die Krise hat auch neue starke Impulse für die Weiterentwicklung der europäischen Integration gegeben."

Ob diese Hoffnung des Kommissionspräsidenten berechtigt ist, werden wir heute diskutieren.

Die von Barroso angesprochene Finanz- und Wirtschaftskrise begann mit der Subprime-Krise im US-amerikanischen Immobiliensektor, weitete sich mit dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers zur Krise der Finanzwirtschaft aus und führte zu dramatischen Wachstumseinbrüchen bei Unternehmen und ganzen Volkswirtschaften. Um die Krise einzudämmen, stützten viele Staaten die Finanzwirtschaft und die Konjunktur mit Finanzhilfen in Rekordhöhe.

Die Kombination explodierender Staatsausgaben, einbrechender Steuereinnahmen und sich verschlechternder Bedingungen für die Refinanzierung der Staatsschulden brachte einige Staaten an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Im Euroraum gehören dazu Griechenland, Irland und Portugal; genannt werden aber auch Spanien und Italien.

Diese Krisen haben die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. Gegenseitige Finanzhilfen zwischen den Euro-Staaten sind bisher strikt verboten. Gerade die damalige Bundesregierung unter Kanzler Kohl hatte verlangt, dass jeder Eurostaat für seine Schulden alleine verantwortlich sein sollte, und ließ das dann auch im Maastrichter Vertrag festschreiben. So verbietet Art. 123 EU-

¹ Grußwort von José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, zur Europawoche 2011. Abgerufen unter: <http://www.mbem.nrw.de/unsere-themen-von-a-z/europawoche-2011-56.html> (Stand 20.5.2011).

Vertrag der Europäischen Zentralbank, von Mitgliedsstaaten (direkt) Staatsanleihen zu kaufen. Art. 125, die sogenannte Nichtbeistands-Klausel, untersagt der EU und den Mitgliedstaaten, für die Schulden eines anderen Mitgliedsstaates einzustehen.²

Dessen ungeachtet übernahmen die Länder der Eurozone im März 2010 zusammen mit dem (von Dominique Strauss-Kahn geführten) IWF Kreditgarantien für Griechenland. Am 9. Mai 2010, am Tag der nordrhein-westfälischen Landtagswahl, richteten sie provisorisch für drei Jahre einen "Europäischen Stabilisierungsmechanismus" ein. Aus diesem "Rettungsschirm" gewährten sie Kredithilfen für Irland und Portugal. Parallel dazu begann die Europäische Zentralbank, Staatsanleihen hoch verschuldeter Euro-Staaten zu kaufen. Im Dezember 2010 einigte sich der Europäische Rat darauf, den provisorischen in einen dauerhaften Rettungsschirm umzuwandeln, und leitete eine Änderung der entsprechenden Klausel des Vertrags von Lissabon ein.

Die Krise und Reform der Wirtschafts- und Währungsunion ist zum bestimmenden Thema der europapolitischen Debatte geworden. Hier werden die Weichen für die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union gestellt. Dies veranlasste uns, die Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE), und unsere Mitveranstalterin, die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, ein Symposium zu diesem Thema zu planen.

Die Vorbereitungen für das Symposium begannen bereits im Herbst 2010. Mit der Durchführung des Symposiums ist die Zielsetzung verbunden, die Frage der Krise und Reform der Wirtschafts- und Währungsunion grundsätzlicher zu behandeln als andere, eher tagesaktuelle Veranstaltungen. Das Symposium stellt daher vor allem die politischen, ökonomischen und legitimatorischen Herausforderungen der Krise und des Krisenmanagements durch die Europäische Union zur Debatte. Auch die Zukunftsperspektiven der europäischen Integration wollen wir gemeinsam erörtern.

Die Europaministerin hat gerade die Europawoche 2011 durchgeführt. Dies bot uns Gelegenheit, uns daran zu erinnern, was gerade das Land Nordrhein-Westfalen der europäischen Integration zu verdanken hat: Frieden, Wohlstand und Freizügigkeit in Europa. Nordrhein-Westfalen besitzt durch seine Lage im Zentrum Europas einen optimalen Zugang zu den Mitgliedsländern der Europäischen Union und hat als Kernregion Europas von der europäischen Integration besonders stark profitiert. Beispielsweise gehen derzeit etwa zwei Drittel der gesamten Exporte aus NRW in die EU-Mitgliedstaaten. Und auch nahezu zwei Drittel der gesamten Importe kommen aus den Ländern der Europäischen Union nach Nordrhein-Westfalen (im ersten Halbjahr 2010).³

² Artikel 123 und 125 wurden in den Vertrag von Lissabon übernommen.

³ Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen: Mit Intelligenz, Innovationen und Investitionen in die Zukunft. Wirtschaftsbericht 2011. Abgerufen unter: https://services.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/download/70927/nrw_jwb_2011_wi-0045-barrierefrei.pdf (Stand 20.5.2011).

NRW ist aber auch ein europapolitischer Akteur. Das Land wirkt über den Bundesrat direkt an der Europapolitik mit, unterhält eine Vertretung in Brüssel und engagiert sich im Ausschuss der Regionen. Die "Forschungs-Initiative NRW in Europa" (FINE) dokumentiert schon seit über 10 Jahren, wie vielfältig die Verflechtungen öffentlicher, privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen und Akteure des Landes mit Europa sind. Wir haben dazu in Kooperation mit der Landesregierung eine Datenbank erstellt, und das darauf aufbauende "Handbuch Europa in Nordrhein-Westfalen" ist inzwischen in der dritten Auflage aktualisiert worden. In früheren Symposien haben wir vor allem die Schnittstelle von kommunaler und regionaler Politik mit Europa beleuchtet. In Zukunft werden wir uns mit dem Thema Subsidiaritätskontrolle durch nationale Parlamente auseinandersetzen. Denn der Vertrag von Lissabon bietet durch die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips den deutschen Bundesländern bzw. dem Bundesrat neue, bislang unerprobte Möglichkeiten, sich aktiv in die Gestaltung europäischer Politik einzubringen.

Das Symposium haben wir in vier thematische Blöcke unterteilt. Zu jedem dieser Themenbereiche hat FINE im Vorfeld Fragestellungen erarbeitet, mit denen sich die Referenten in ihren Vorträgen auseinandersetzen und die in der Podiumsdiskussion angesprochen werden.

Im Anschluss an die Vorträge und die Podiumsdiskussion werden Sie, das Publikum, ausreichend Zeit haben, Ihre Fragen zu stellen. Auch die Kaffeepausen und die Mittagspause bieten Möglichkeiten zur vertieften Diskussion und zur Vernetzung.

Ich möchte Sie schon jetzt bitten, für Ihre Fragen die Mikrofone zu benutzen, die wir während der Diskussionsrunden zur Verfügung stellen werden. Wie Sie wahrscheinlich bereits gesehen haben, werden wir das Symposium auf Video aufzeichnen. Dies dient dazu, die Ergebnisse des Symposiums zu dokumentieren. Außerdem wollen wir die Aufnahmen für unsere Lehrveranstaltungen an der Heinrich-Heine-Universität nutzen.

Zum Programm des Symposiums:

Block I steht unter der Überschrift "Politische Reaktionen auf die Krise in Europa - Zwischen nationaler Souveränität und europäischer Solidarität". Hier geht es vor allem um die integrationspolitische Dimension der Krise in Europa. Im ersten Themenblock wird auch ein Überblick über den Verlauf von Krise und "Krisenpolitik" in der Europäischen Union gegeben.

Block II dreht sich um die "Legitimation einer Europäischen Union in der Krise". Hier geht es um die Legitimationsprobleme der Europäischen Union gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Denn die weitreichenden Reformen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion berühren grundsätzliche Fragen der Legitimation, wie z.B. die gerechte Lastenverteilung, die Transparenz von Entscheidungsprozessen oder die Beteiligung europäischer und nationaler Parlamente.

Block III befasst sich nach der Mittagspause mit dem Thema: "Wirtschaftliche Entwicklungen in Europa - Ökonomie der Krise(n) jenseits von politischer Rhetorik". In diesem Teil erfolgt vor allem eine Betrachtung der tieferliegenden Ursachen der wirtschaftlichen Lage in Europa. Es geht um die weiterhin bestehenden strukturellen Probleme in der Eurozone und die Notwendigkeit von Reformmaßnahmen angesichts der Krise.

Die Podiumsdiskussion diskutiert abschließend "Integrationspolitische Perspektiven nach der Krise - Welche Chancen und Probleme ergeben sich für die europäische Integration?" Hier wollen wir zu den integrationspolitischen Perspektiven kommen, die über das kurzfristige Krisenmanagement hinausreichen.

Zum Schluss meines Begrüßungsvortrags möchte ich Dank sagen, Dank zunächst natürlich an denjenigen, die mit ihrer Zusage als Referenten der Vorträge und Teilnehmer der Paneldiskussion dieses Symposium überhaupt erst möglich gemacht haben.

Ich freue mich sehr über die Beteiligung aus den Landesministerien, den Parteien, den Verbänden und der Europabewegung sowie nicht zuletzt von Kolleginnen und Kollegen und Studierenden unserer Universität und anderer Universitäten, die z.T. von weit her angereist sind.

Mein ganz besonderer Dank geht an Frau Gödde und das Projektteam von FINE, die dieses Symposium sehr professionell und mit großem Einsatz vorbereitet haben. Danken möchte ich auch den Mitarbeitern des IKM Services unserer Fakultät für die freundliche medientechnische Unterstützung.

Ich wünsche uns allen ein interessantes und spannendes Symposium!

Und jetzt freue ich mich auf das Grußwort der Europaministerin des Landes Nordrhein-Westfalen als Mitveranstalterin dieses Symposiums.

1.2. Grußwort Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

Sie alle kennen das von Jacques Delors geprägte Bild der Europäischen Union als Fahrrad, das umkippt, wenn es sich nicht bewegt. Das Bild setzt voraus, dass diejenigen, die auf dem Sattel sitzen, vorankommen wollen und dafür auch kräftig in die Pedale treten.

Gegenwärtig sieht es in der EU nicht wirklich danach aus. Einige scheinen sogar ganz bewusst zu bremsen. Und so kann es nicht wundern, wenn das Fahrrad ins Schlingern gekommen ist.

Wir betrachten heute das Fahrrad und sein Schlingern bei diesem Symposium ein bisschen genauer. Dazu begrüße ich Sie recht herzlich. Besonders begrüße ich die Referenten und die Teilnehmer bei der Podiumsdiskussion. Ich danke Ihnen, dass Sie uns auf die Sprünge helfen wollen. Mein Dank gilt auch der Forschungs-Initiative NRW in Europa, die dieses Symposium durchführt. Ein intensiver Dialog zwischen der politischen Praxis mit Fachexperten und Wissenschaftlern ist mir ein wichtiges Anliegen.

Die Europäische Union hat im letzten Jahr eine rasante Entwicklung und - wie ich meine - auch einen rasanten Wandel erfahren. Die Entwicklung ist teilweise so schnell, dass sich jeden Tag ein neuer Sachstand ergibt. Wir wollen diesen Sachständen nicht nur hinterher jagen, sondern auch den Blick etwas grundsätzlicher auf die Perspektiven der Europäischen Union, auf die zentripetalen, aber auch auf die leider deutlich hervortretenden zentrifugalen Kräfte richten.

Europa durchläuft zurzeit eine kritische Phase. Von den aktuellen Weichenstellungen hängt es ab, ob der Geleitzug Europa sicher in die Zukunft rollt. Ich habe aber meine Zweifel, ob die Weichen richtig gestellt werden.

Die Entwicklung der Europäischen Union ist gegenwärtig geprägt durch das Zusammenfallen von zwei gegensätzlichen Bewegungen: einerseits eine faktische Vertiefung der Integration mit der Schaffung des Euro-Rettungsschirms, des Stabilisierungsmechanismus und des Euro-Plus-Paktes zur wirtschaftspolitischen Koordinierung, andererseits eine Schwächung des politischen Zusammenhalts und vor allem der Bereitschaft, die Vertiefung politisch zu unterstützen.

Im Gegensatz zu früheren Vertiefungsprozessen handelt es bei den derzeitigen Versuchen zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion aber nicht um Ergebnisse einer politisch gewollten Integrationsagenda. Diese Integrations Schritte sind einzig dem Druck der Märkte geschuldet.

Es stellt sich also auch die Frage, ob wir in der Europäischen Union derzeit von einem Primat der Politik sprechen können, und wie dieser zurück gewonnen werden kann.

Wer Europa aus der Krise führen will, der muss Europa richtig machen, der braucht die richtigen Lösungen. Im zurückliegenden Jahr haben wir viele Lösungen bekommen, die Probleme sind aber nicht verschwunden: Es gab das Griechenland-Rettungspaket im März 2010 und jetzt diskutieren wir über eine Verlängerung der Kredite, neue Kredite, eine Umschuldung und den Verzicht der Gläubiger. Die Auflagen für Griechenland sollen noch härter werden. Die Medizin, die die Misere verursacht, wird in noch höheren Dosen verabreicht.

Der temporäre Euro-Rettungsschirm sollte Märkte beruhigen, jetzt ist er dauerhaft und die Märkte toben immer noch. Griechenland, Irland, Portugal und Spanien ringen seit einem Jahr um jeden Cent, den sie einsparen können, dennoch sind ihre Zinsaufschläge nicht gesunken. Im Gegenteil: als Spanien im vergangenen Jahr erneute Sparmaßnahmen beschloss, gab es statt der erhofften Anerkennung eine Herabstufung durch die Ratingagenturen. Aus Angst, das Land werde kaputt gespart.

Die EU sucht nach Lösungen und ich glaube, es ist Zeit, dass wir darüber intensiver als in der Vergangenheit in einen Dialog miteinander treten. Mehr Ehrlichkeit, mehr Gründlichkeit und mehr Offenheit in der politischen Diskussion muss das Ziel sein und wir wollen heute einen Beitrag dazu leisten.

Zwei Fragen möchte ich in dieser Einführung anreißen: Worin besteht die Krise? Können wir sie lösen?

Zur ersten Frage: Worin besteht die Krise? Haben wir eine Überschuldungskrise, eine Euro-Krise oder stecken wir in einer Krise der EU?

Tatsache ist, dass in allen EU-Mitgliedsstaaten sowohl die Gesamtverschuldung wie das Defizit der öffentlichen Haushalte nicht nur angestiegen sind, sondern dass die Länder damit auch gegen die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts verstoßen. Hier spiegeln sich die Folgen der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise. Bankenrettung und erforderliche Konjunkturprogramme führten zu erheblichen zusätzlichen Staatsausgaben, gleichzeitig brachen rezessionsbedingt die Einnahmen weg. Dabei war die Ausgangslage in den Mitgliedstaaten der EU sehr unterschiedlich.

Griechenland ist ein Sonderfall. In Griechenland sind dringend erforderliche Reformen unterblieben. Die Wirtschaft ist wettbewerbsschwach, entsprechend schwach ist auch die Steuerbasis. Die Löhne entwickelten sich schneller als die Produktivität. In innovative und produktive Bereiche wurde zu wenig investiert. Der öffentliche Dienst war überbesetzt. Probleme bereiten Vetterwirtschaft und Korruption. Dann kam der Schock durch die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Der Fall Griechenland erklärt aber nicht, weshalb Länder wie Spanien und Irland, die als Vorzeigebispiele erfolgreicher Strukturförderung galten und über Jahre Musterknaben

des Stabilitäts- und Wachstumspakts waren, heute genauso in Schwierigkeiten stecken und Gegenstand von Spekulation auf eine Staatspleite geworden sind. Mit Ausnahme Griechenlands und vielleicht noch einigen wenigen anderen Mitgliedstaaten macht es also wenig Sinn, die Verschuldungskrise nicht als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise zu sehen. Klar ist aber auch, hohe Schuldenstände werden insbesondere dann zum Problem, wenn die Finanzkraft fehlt, um den Schuldendienst zu bedienen.

Von einer Krise des Euro zu sprechen fällt schwer, so lange er seinen Wert gegenüber den anderen Währungen der Welt behauptet. Gewiss, der Euro könnte besser auf dem Weltmarkt bewertet werden, aber von einem Wertverlust und damit Vertrauensschwund ist er weit entfernt. Der Euro hat sich als Schutzschild gegen starke Wechselkursschwankungen und die daraus resultierenden möglichen katastrophalen Auswirkungen erwiesen.

Eines ist allerdings klar geworden: die Wirtschafts- und Währungsunion funktioniert nicht problemlos. Das liegt auch an den großen Unterschieden der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen den Mitgliedstaaten. Je homogener der Wirtschaftsraum, desto besser sind die Funktionsvoraussetzungen einer Währungsunion. In der EU stellen wir aber ein Auseinanderdriften der Volkswirtschaften fest. Das wird deutlich an der mangelnden Leistungsfähigkeit einzelner Volkswirtschaften, den Leistungsbilanzungleichgewichten, den unterschiedlichen Inflationsraten, den unterschiedlichen Lohnstückkosten und dem unterschiedlichen Ausmaß der privaten Verschuldung.

Institutionell und von seiner politischen Koordinierungs- und Steuerungskapazität her ist die Wirtschafts- und Währungsunion bislang auf tönernen Füßen gestanden. Sie war ein Konstrukt für schönes Wetter, das bei starkem Sturm ins Wanken geriet.

Das führt auch schon zur zweiten Frage. Können wir die Krise lösen? Können wir mit den gegenwärtigen Strukturen der EU den Herausforderungen gerecht werden und besteht dazu der notwendige politische Wille?

Da unter Experten Einvernehmen darüber herrschte, dass die Mitgliedstaaten ihre jeweilige Haushalts- und Wirtschaftspolitik in der Währungsunion aufeinander abstimmen müssten, war der makroökonomische Dialog eigentlich als zentrales Element der Währungsunion vorgesehen. Er blieb aber ohne Konsequenzen. Der Euro-Plus-Pakt und eine Reihe der von Kommissar Olli Rehn im vergangenen Sommer vorgelegten Gesetzgebungsvorschläge zur Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und der wirtschaftspolitischen Koordinierung sollen diesem makroökonomischen Dialog nun Zähne verpassen.

Ob diese Reformen der Wirtschafts- und Währungsunion in Verbindung mit dem Euro-Stabilitätsmechanismus die Märkte nachhaltig beruhigen können, ist unklar bis fraglich. Einerseits, weil diese Reformen noch nicht die Wurzeln des Problems anpacken und andererseits, weil noch unsicher ist, ob die Stabilisierung Griechenlands, Irlands und Portugals gelingt. Der vor allem auch von der Bundesregierung vorangetriebene Weg

zur Sanierung der Euroländer mit übermäßigem Haushaltsdefizit verschärft die Probleme eher noch.

Lassen Sie mich einige Versäumnisse und Fehler aufzählen: Der Euro-Plus-Pakt setzt nun auf verstärkte makroökonomische Koordinierung. Letztlich bleibt der Pakt aber wenig mehr als eine Bekräftigung der Europa2020-Strategie: Die makroökonomische Koordinierung bleibt intergouvernemental (wird jetzt allerdings zur „Chefsache“). Es handelt sich um den Versuch, das deutsche Wachstumsmodell auf den Rest der EU zu übertragen („am deutschen Wesen soll die Welt genesen“), was so nicht funktionieren wird. Die Anpassungslasten entfallen einseitig auf die schwächeren Mitgliedstaaten, insbesondere durch den Druck zur Absenkung der Löhne und die Konsolidierung öffentlicher Haushalte. Positive Vorschläge, z.B. die Koordinierung bei der Steuerpolitik, haben wenig Aussicht auf Erfolg.

Dieser Pakt ist zu einer Zeit vereinbart worden, zu der sich Renationalisierungstendenzen und Europaskeptizismus in fast allen Mitgliedstaaten verstärken. Besonders deutlich wird dies anhand der Wahl- und Umfrageergebnisse rechtspopulistischer und europafeindlicher Parteien wie der Wahren Finnen, des Front National unter Marine Le Pen und Gerd Wilders in den Niederlanden.

Mit Blick auf die Frage, ob wir mit den gegenwärtigen Strukturen der EU den Herausforderungen gerecht werden können und ob dazu der notwendige politische Wille besteht, lautet meine Antwort also zweimal Nein: es fehlt an effektiven Strukturen und es fehlt an politischem Willen. Was bedeutet das für den Zusammenhalt und das Auseinanderdriften in der Krise?

Gegenwärtig dominiert bei den Mitgliedstaaten der EU die Haltung „rette sich, wer kann“. Gemeinsames Handeln, wie etwa der Rettungsschirm oder der Euro-Plus-Pakt dienen ausschließlich dem unmittelbaren Schutz vor der sogenannten „Ansteckung“. Die längerfristigen Auswirkungen der Spardiktate und der nur zwischenstaatlichen Ausrichtung von Rettungsschirm und ESM werden nicht beachtet. Für den Zusammenhalt ist dies eine ernsthafte Gefahr. Was wäre also notwendig? Welche EU brauchen wir?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Eurokrise hat die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung in der Eurozone offensichtlich werden lassen. Die Logik einer gemeinsamen Währung macht es erforderlich, die makroökonomische Politikgestaltung auf EU-Ebene zu steuern, denn sonst werden die Regierungen der Mitgliedstaaten immer das gemeinsame Interesse durch die Verfolgung von partiellen Interessen in Gefahr bringen.

Wir müssten jetzt das Projekt einer politischen Union angehen, um endlich den Geburtsdefekt der Währungsunion auszubügeln, der da ist: Währungsunion ohne politische Union; wir brauchen echte economic governance, eine europäische

Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Die großen Herausforderungen sind dabei die konkrete Ausgestaltung einer wirksamen europäischen Wirtschaftspolitik angesichts der großen Heterogenität, ihre rechtliche Absicherung und ihre demokratische Legitimierung. Dies aber wirft auch die Frage nach den europäischen Institutionen auf: Wollen wir eine weitere Vergemeinschaftung in einer föderalen Union? Müssen wir die Souveränität der Mitgliedstaaten und damit den intergouvernementalen Ansatz aufgeben? Wollen wir eine echte europäische Regierung? Kann die Kommission diese Funktion erfüllen?

Ja, wahre „Europäer“ wünschen sich, die Europäische Kommission in eine Europäische Wirtschaftsregierung umzuwandeln, die durch den Rat und das Europäische Parlament demokratisch kontrolliert würde. Das Instrument zur Ausführung makroökonomischer Politik auf europäischer Ebene wäre dann das im Vertrag von Lissabon neugeschaffene »ordentliche Gesetzgebungsverfahren«. Als europäische Regierung käme einzig die Europäische Kommission in Frage. Sie verfügt über die notwendigen administrativen Kapazitäten und ist dem Rat und dem Europaparlament rechenschaftspflichtig.

Angesichts der Tatsache, dass die makroökonomische Politik in der Eurozone alle europäischen Bürger betrifft, muss ihnen auch das Recht eingeräumt werden, gemeinsam eine europäische Wirtschaftsregierung zu ernennen und diese wieder abzusetzen, wenn sie das wollen. Das Europäische Parlament ist die einzige Institution, die das im Gemeininteresse legitimieren kann. Das soll nicht heißen, dass nationale Regierungen nicht ihre legitimen partiellen Interessen vertreten dürften, aber Teile können nicht für das Ganze sprechen. Ein Beispiel: Vieles spricht dafür, dass Finanztransfers in einer so heterogenen Währungsunion wie der Eurozone für längere Zeit unvermeidbar sind, wie es zahlreiche Ökonomen in den 90er Jahren auch bereits vorhergesagt haben. Damit spreche ich ein Tabu an, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.

Weitsichtige gesamteuropäische Politik bräuchte andere institutionelle Voraussetzungen und dies würde eine Vertragsänderung nötig machen. Voraussetzung dafür wäre aber, dass sowohl bei den Regierungen als auch im Bewusstsein von uns allen die nach wie vor bestehenden Barrieren in den Köpfen überwunden werden. Davon sind wir, wie mir scheint, aber leider noch weit entfernt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wie viel Europäische Union ist politisch erreichbar?

Nach dem Abschluss des Vertrags von Lissabon erschien eine erneute Institutionen-Debatte vollkommen unvorstellbar. Stattdessen galt es, mit dem Vertrag von Lissabon zunächst so weit wie möglich zu arbeiten. Pragmatische kleine Schritte statt Träumen von Idealzuständen.

Die gegenwärtige Krise bringt nun aber doch schneller die nächste Vertragsrevision, als dies vermutet werden konnte! Die von den Staats- und Regierungschefs beschlossene aber noch nicht abschließend ratifizierte Vertragsänderung stellt zwar einen weiteren

Schritt zur Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit dar, ist aber insgesamt von bescheidener Reichweite. Der neue Artikel 136 c stellt nur fest, dass die Mitgliedstaaten einen Mechanismus zur gegenseitigen finanziellen Stützung schaffen können.

Für falsch halte ich, wie viele Abgeordnete des Europäischen Parlamentes auch, den intergouvernementalen Rechtsstatus des ESM. Ich hätte ihn lieber als Teil der Gemeinschaftsmethode mit den entsprechenden Beteiligungsrechten von Kommission und Parlament gesehen. Ein entsprechender Bundesratsantrag Nordrhein-Westfalens fand keine Mehrheit. Eine entsprechende „Verstärkte Zusammenarbeit“, d. h. das Vorgehen einer Gruppe von Mitgliedstaaten, wäre möglich gewesen.

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde die Verstärkte Zusammenarbeit primärrechtlich im Gemeinschaftsrahmen verankert und ein ordentliches Verfahren für die Bereiche geschaffen, bei denen nicht alle Mitgliedstaaten mitmachen möchten. Damit wird ein Kerneuropa im gemeinschaftlichen Rahmen möglich, ohne dass die Union dadurch institutionell auseinanderdriftet.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es besorgniserregend, dass sowohl der ESM als auch der Euro-Plus-Pakt diesen Weg nicht vorsehen. Elmar Brok und sein sozialdemokratischer Kollege Roberto Gualtieri haben in ihrem Bericht zur Vertragsänderung einen Vorschlag gemacht, den ich gerne umgesetzt gesehen hätte. Sie haben vorgeschlagen, den ESM im Rahmen der Gemeinschaftsmethode zu etablieren, was eine Beteiligung des EP und die Berücksichtigung jeglicher Grundsätze des europäischen Primärrechts bedeutet hätte.

All dies muss jene nicht entmutigen, die für die Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen für Europa mehr und nicht weniger Europa für notwendig halten. Es erfordert jedoch Sorgfalt bei der Suche nach den Trittsteinen, auf denen wir uns dem Ziel nähern können. Ich möchte nicht dabei stehen bleiben, mit Jürgen Habermas die Wiederentdeckung des deutschen Nationalstaates oder den demoskopiegeleiteten Opportunismus zu beklagen. Vielmehr möchte ich mit ihm darauf aufmerksam machen, dass sich auch die Europäer nicht den großen Fragen der Weltgemeinschaft entziehen können, als da sind: Klimawandel, weltweite Risiken der Kerntechnik, Regelungsbedarf des finanzgetriebenen Kapitalismus und die Durchsetzung der Menschenrechte!

Deshalb braucht es heute mehr denn je Politikerinnen und Politiker, Bürgerinnen und Bürger, die der EU nicht per se skeptisch gegenüber stehen, sondern die nüchtern um den realen Zustand der Europäischen Union aber auch um ihr Potential wissen und die Klarheit darüber haben, was wir gerade mit einer gemeinsamen weitsichtigen europäischen Politik gewinnen können. Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, Bürgerinnen und Bürger, die nicht das Auseinanderdriften der EU riskieren, sondern den Zusammenhalt befördern wollen. Die Veranstaltung heute soll dabei helfen, dass wir dafür den richtigen Weg finden.

2. Politische Reaktionen auf die Krise in Europa – Zwischen nationaler Souveränität und europäischer Solidarität

2.1 Vortrag Dr. Björn Hacker, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Dr. Björn Hacker hielt den Eröffnungsvortrag unter dem Titel „Politische Reaktionen auf die Krise in Europa – Zwischen Souveränität und Solidarität“. Er ist Referent für Internationale Politikanalyse bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. In seinem Beitrag beleuchtete er die Hintergründe der Krise und bewertete das Krisenmanagement in der Europäischen Union sowie die zentralen Instrumente der europäischen Politik. Zudem zeigte er Möglichkeiten für die zukünftige Ausgestaltung europäischer Governance auf.

Hacker kritisierte die öffentliche Debatte zur Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland. Erstens sei der Euro gar nicht in der Krise. Die Währung sei stabil und gewinne an Vertrauen. Zweitens spielten die Verschuldungsquoten der Krisenländer eine große Rolle in der öffentlichen Diskussion. Doch Eurostat zufolge erfülle kaum ein Staat des Euroraums das Konvergenzkriterium, wonach der öffentliche Schuldenstand nicht mehr als 60% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen darf. Drittens werde den sogenannten GIPS-Staaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien vorgeworfen, sie hätten eine zu nachlässige Haushaltspolitik betrieben. Doch dies treffe nur auf Griechenland zu. Nach neuesten Zahlen der Europäischen Kommission hätten dagegen Spanien und Irland bis 2007 vorbildlich gewirtschaftet.

Hacker beschäftigte sich dann mit der Frage, ob die öffentliche Verschuldung in den Krisenländern eine Ursache oder eine Folge der Finanzkrise sei, und beklagte, dass in der Öffentlichkeit oft Ursache und Wirkung verwechselt würden. Die Krise sei vor allem eine Liquiditätskrise, da einige Staaten Probleme hätten, sich am Markt mit Geld zu versorgen. Die privaten Banken hätten an die GIPS-Staaten vor der Krise dank des günstigen Leitzinses großzügig Kredite vergeben. Sie seien dann in der Krise unter Druck geraten und die systemrelevanten Banken hätten durch umfangreiche Staatshilfen gerettet werden müssen. Die Bankenrettung, die Konjunkturpakete und die arbeitspolitischen Maßnahmen hätten die Staaten aber so viel Geld gekostet, dass die Finanzmärkte schließlich das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit einiger Krisenländer verloren hätten. Es sei zu einer Gläubigerpanik gekommen, die die Zinsen für die Refinanzierung der Staatsschulden der Krisenländer in untragbare Höhen getrieben habe. Außer im Falle Griechenlands sei der extreme Anstieg der Staatsschulden also erst in Folge der Krise geschehen.

Hacker kritisierte dann die weit verbreitete Meinung, die hohen deutschen Exportüberschüsse seien vorbildlich und nur die Länder mit Importüberschüssen, die sogenannten "Defizitländer", müsste zur Anpassung makroökonomischer

Ungleichgewichte beitragen. Hacker analysierte drei Instrumente, die in ihrer Ausgestaltung widerspiegeln, dass nur die Defizitländer sich anpassen müssten.

Erstens: Die Euro-Rettungsschirme, der zunächst bis 2013 begrenzten Euro-Rettungsschirm und der dauerhafte Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM), speisten sich aus am Kapitalmarkt aufgenommenen Anleihen, für die die Euro-Mitgliedstaaten hafteten. Der Europäische Rat habe im Dezember 2010 beschlossen, den ESM mit einem Kreditvolumen von 500 Milliarden Euro auszustatten. Das zentrale Merkmal der Rettungsschirme sei, dass Kredite gegen Austeritätsprogramme gewährt würden. Hacker sieht das Problem hier im "Ultima-Ratio-Prinzip": Demnach gebe es sehr hohe Auflagen, es würden sehr hohe Zinsen von den Schuldnerländern verlangt, um Rettungskredite in Anspruch nehmen zu können. Es werde zudem ein sehr hartes und strenges makroökonomisches Anpassungsprogramm - Sparprogramme und dauerhafte Austerität - von den Staaten gefordert. Die Schuldnerstaaten innerhalb der EU müssten damit auf einen wesentlichen Punkt ihrer wirtschafts- und fiskalpolitischen Autonomie verzichten. Hacker argumentierte, EFSF und ESM erschienen zwar als Instrumente der Solidarität in der Hand der EU, könnten aber auch als gewinnmaximierende Banken mit hohen Zinssätzen betrachtet werden, mit denen die Gläubiger letztendlich sogar noch Geld verdienten. Denn die Zinsen lägen höher als beim Internationalen Währungsfond (IWF).

Zweitens: Die sogenannten „Rehn-Vorschläge“ zielten auf eine Verschärfung des Stabilitätspakts durch stärkere Kontrolle und härtere Sanktionierung. Stärker überwacht werden solle zukünftig neben dem ersten Konvergenzkriterium, wonach die jährliche Nettoneuverschuldung der öffentlichen Haushalte nicht mehr als 3% des BIP betragen dürfe, auch das zweite Kriterium, wonach der öffentliche Schuldenstand nicht mehr als 60% des BIP betragen dürfe. Nach diesen Vorschlägen solle die Sanktionierung mittels Automatismen verschärft werden. Zudem werde die Europa 2020-Strategie mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt verbunden. Die Verschärfung des Stabilitätspakts sieht Hacker kritisch. Nicht die staatlichen Schulden seien in den meisten Mitgliedstaaten das Problem gewesen, sondern die privaten Schulden. Diese würden aber vom Stabilitätspakt nicht erfasst. In der jetzigen Situation würden die Kriterien des Stabilitätspakts immer weiter verschärft, obwohl diese Verschärfung die Krise gar nicht verhindern hätte. In Deutschland seien zudem nicht die privaten Schulden das Problem, sondern die hohe private Sparquote, die die Binnennachfrage beeinträchtige.

Drittens: Außerdem erfolge eine Stärkung der wirtschaftspolitischen Governance durch verschiedene Instrumente. So sei mit dem Europäischen Semester ein neues Instrument geschaffen worden, das der Zusammenführung der Beschäftigungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitiken diene. Zurzeit würden zudem die Kriterien für das Scoreboard diskutiert. Hierbei hätten sich die Mitgliedstaaten bislang nur auf die Verschuldungskriterien einigen können, nicht jedoch auf die weiteren Indikatoren eines Scoreboards. Hacker hielt es für sinnvoll, sowohl die Leistungsbilanzdefizite, als auch die Leistungsbilanzüberschüsse aufzunehmen, außerdem die Spar- und Investitionsquoten

sowie die Beschäftigungsquoten. Die deutsche Bundesregierung wolle jedoch außer dem Verschuldungskriterium, bei dem Deutschland gut abschneide, möglichst wenige weitere Kriterien einbeziehen. Außerdem hätten sich die Mitgliedstaaten auf dem Euro-Plus-Pakt geeinigt. Zwar vermerkte Hacker positiv, dass erkannt worden sei, dass unterschiedliche Lohnstückkosten zu makroökonomischen Ungleichgewichten geführt hätten. Jedoch würden die Korrekturmechanismen im Euro-Plus-Pakt einseitig den Staaten vorgeschrieben, die in der Vergangenheit angeblich zu hohe Löhne gezahlt hätten. Für Deutschland hingegen werde kein Anpassungsbedarf gesehen.

Welche engen Verbindungen zwischen Gläubiger- und Schuldnerstaaten innerhalb der Europäischen Union bestehen, erläuterte Hacker am Beispiel der Auslandsverschuldung. Die Mitgliedstaaten mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen hätten vor der Krise viel Geld an private, unternehmerische und staatliche Schuldner gegeben. Damit hätten sie sehr hohe Vermögenspositionen im Ausland aufgebaut. Nachdem die Kreditwürdigkeit der Schuldner verloren gegangen sei, hätten die Gläubiger einen Wertverlust ihres Auslandsvermögens hinnehmen müssen. Somit litten Schuldner und Gläubiger gleichermaßen, sollten die gerade diskutierten Umschuldungsszenarien diese Verluste noch steigern. Auf beiden Seiten müsste also ein Interesse bestehen, eine Änderung dieser Situation herbeizuführen. Auch die Gläubigerstaaten müssten also ein hohes Interesse daran haben, die Schuldnerstaaten wieder auf Wachstumskurs zu führen. Dies werde den Schuldnerstaaten jedoch nicht gelingen, wenn sie weiterhin dazu verdammt würden, sich aus der Krise „herauszusparen“.

Wichtig sei zu erkennen, dass im gewachsenen Prozess der ökonomischen Integration heute eine hohe Handelsverflechtung bestehe und dass Krisen nicht an Grenzen Halt machten. Die Krise in Griechenland sei auch unsere Krise und das sei z.B. im Deutschen Bundestag noch nicht begriffen worden. Dort werde sie als „deren“ Krise behandelt. Er glaube, dass sich auf beiden Seiten etwas ändern müsse. Denn die deutschen Exportüberschüsse seien nur möglich, wenn es im Ausland Bürgerinnen und Bürger gebe, die unsere Waren kauften.

Die Krise sei nicht vom Himmel gefallen sei und könne auch nicht den Spekulanten zugeschoben werden. Sie lege vielmehr die strukturellen Defizite in der Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion offen. Grundsätzlich problematisch sei, dass die europäische Integration primär „marktschaffend“ und nicht „marktgestaltend“ bzw. „marktkorrigierend“ erfolgt sei. Zudem zeige sich eine asymmetrische Entwicklung zwischen ökonomischer und politischer Integration. Die beiden zentralen Projekte der EU-Integration, der Binnenmarkt und die Währungsunion, hätten unzweifelhaft zu hohen Wohlstandsgewinnen geführt. Sie hätten laut Hacker aber auch die negativen Effekte der Globalisierung auf dem europäischen Kontinent verschärft.

Zunächst sei die EU-Integration vornehmlich als negative Integration betrieben worden: Handelshemmnisse seien abgebaut und der freie Wettbewerb sei intensiviert worden. Die positive Integration im Sinne des Aufbaus einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik verharre dagegen auf relativ niedrigem Niveau. Hans-Wolfgang Platzer

habe die EU-Sozialpolitik in den Vertragsreformen von Nizza bis Lissabon in diesem Sinne als „konstitutionellen Minimalismus“ bezeichnet. Damit bestehe ein Ungleichgewicht zwischen den weit fortgeschrittenen Projekten Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion und der relativ geringen sozial- und wirtschaftspolitischen Integration. Im Binnenmarkt habe das Wettbewerbsprinzip eine höhere Priorität als die nationalen Arbeitsschutz- und Sozialstandards. Und in der Wirtschafts- und Währungsunion habe die gemeinsame Geldpolitik bei weiterhin national determinierter Fiskalpolitik Anreize zum „Trittbrettfahren“ eröffnet, d.h. einzelne Staaten hätten sich durch niedrige Arbeits- und Sozialstandards oder durch eine Niedrigsteuerepolitik Wettbewerbsvorteile auf Kosten der anderen Staaten verschaffen können.

In der Europäischen Union sei damit ein System von Wettbewerbsstaaten geschaffen worden. Jeder versuche, für sein eigenes Land das meiste herauszuholen – das sei das, was er gerade als „Trittbrettfahrerei“ bezeichnet habe. Wettbewerb sei berechtigt und das Prinzip, auf dem die Europäische Union mitbegründet worden sei. Aber wenn das Instrument der Geldpolitik nicht mehr zur Verfügung stehe, weil es vergemeinschaftet worden ist, dann zeige sich der Wettbewerb eben auf anderen Feldern wie beim Steuerdumping (Beispiel Irland), beim Lohndumping (Beispiel Deutschland) oder bei der Senkung von Sozialausgaben (Beispiel Spanien). Dies führe zu den starken Leistungsbilanzungleichgewichten. Und dieser Wettbewerb zwischen den Staaten müsse in geregelte Bahnen gelenkt werden, um die aktuelle Krise zu lösen.

Die Europäische Union versuche dies, indem sie die politische Steuerung mittels europäischer Governance ausbaue, die jenseits der vertraglichen Grundlagen erfolge. Dazu gehöre neben dem Stabilität- und Wachstumspakt der makroökonomische Dialog, die europäische Beschäftigungsstrategie, die frühere Lissabon-Strategie und aktuell die Europa 2020-Strategie im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung. Diese offene und damit weiche Methode der Koordinierung bliebe als „soft law“-Instrument gegenüber dem „hard law“ stets schwach.

Das Problem sei damit laut Hacker, dass sich diese Koordinierungsverfahren nicht durchgesetzt hätten und die Zielsetzungen relativ niedrigschwellig seien. Es mangle zudem bei den Maßnahmen an Transparenz und Partizipation und es gebe Probleme in der Durchsetzungs- und Wirkungskraft dieser „soft“-Governance. Der Einfluss der verschiedenen Koordinierungsmaßnahmen sei dort am stärksten, wo sie am ehesten mit den ökonomischen Integrationsrealitäten übereinstimmten. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt habe daher z.B. zu dem so genannten „Naming und Shaming“ in der Öffentlichkeit geführt. Auf der anderen Seite sei bei den Koordinierungsverfahren, bei denen es um Kompetenzen im Sozialbereich geht (z.B. Offene Methode der Koordinierung in den Bereichen Soziale Eingliederung, Renten sowie Gesundheit und Langzeitpflege) der Einfluss gering, denn die Mitgliedstaaten wollten in diesen Bereichen ihre Souveränität behalten.

Diese Unzulänglichkeiten der europäischen Governance sind laut Hacker in der Krise überhaupt erst sichtbar geworden. Die Krise habe die strukturellen Probleme der europäischen Integration aufgedeckt und allen vor Augen geführt. Dies biete Chancen für die europäische Integration, denn die Dauerhaftigkeit der Krise habe bei einigen zum Umdenken angeregt. So sei die Einigung der Mitgliedstaaten bei den europäischen Rettungsschirmen ein großer Vorteil und auch die Aufweichung der so genannten „bail-out“-Klausel habe die europäische Integration vorangebracht. Auch in den Vorschlägen der makroökonomischen Koordinierung, die die van-Rompuy-Arbeitsgruppe gemacht habe, seien positive Ansätze enthalten, wie das Scoreboard und das Europäische Semester. Bei dem Europäischen Semester werde mit der Kopplung makroökonomischer Überwachung auf der einen Seite und koordinierten Beschäftigungs- und Sozialpolitiken auf der anderen Seite die richtige Strategie verfolgt. Denn hier würde zum ersten Mal eine Art von „Policy Mix“ ermöglicht.

Problematisch sei, dass die Rangordnung klar vorgegeben werde: Die makroökonomische Überwachung in den nationalen Reformprogrammen spiele eine viel geringere Rolle als die Überwachung im Stabilitäts- und Wachstumspakt. Denn in den nationalen Reformprogrammen bezögen sich die makroökonomischen Gesamtscenarien wieder auf die üblichen zwei Konvergenzkriterien: höchstens 3% Nettoneuverschuldung und 60% Gesamtverschuldung jeweils gemessen am BIP. Die anderen Einzelpolitiken würden erst am Ende aufgeführt. Damit gebe es eine starke Priorisierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Daraus ergäben sich vor allem zwei zentrale Unzugänglichkeiten der europäischen Governance ergeben. Ein Problem sei die Souveränitätsfrage. Der „Policy Mix“ sei zwar positiv, er benötige aber wesentlich mehr Steuerungskompetenz. Dabei stelle sich die Frage, ob man die rein intergouvernementale Ausgestaltung der zusätzlichen europäischen Steuerungskompetenz wolle. Denn alle diskutierten Koordinierungsverfahren würden nur zwischenstaatlich geregelt. Es stelle sich die Frage, ob in Zukunft nur noch der Rat und die Europäische Kommission über Maßnahmen in den genannten Bereichen entscheiden sollten, für die eigentlich die Abgeordneten der nationalen Parlamente ein Mandat von den Bürgern erhalten hätten.

Ein ähnliches Problem ergebe sich bei den Automatismen, die bei verschiedenen Maßnahmen vorgesehen seien. Fraglich sei, wer diese Automatismen kontrolliere, wer über Ausnahmeregeln bestimme und wie mit Sondersituationen in bestimmten Staaten umgegangen werde, wenn diese z.B. demographische Probleme hätten oder die Wirtschaft bestimmte strukturelle Probleme habe. Wichtig sei, wer die Kriterien festlege und wie diese ausgestaltet seien.

Ein weiterer Terminus, der von politischer Seite zurzeit oft verwendet werde, sei die „Europäische Wirtschaftsregierung“. Auch dabei stellt sich laut Hacker die Frage, wie diese ausgestaltet sein soll. Wenn sie nicht nur im Sinne von europäischer „Governance“, sondern auch im Sinne von „Government“ verstanden würde, d.h. institutionell ausgestaltet werde, stelle sich die Frage, wer die Aufgaben übernehmen solle und wie

diese Institutionen legitimiert sein sollten. Sollte der Rat oder die Kommission diese Aufgaben übernehmen und wer sollte diese Institutionen dann kontrollieren? Das Europäische Parlament habe dazu bisher nicht die Kompetenzen.

Ein weiteres Beispiel zur Souveränitätsfrage sei die aktuelle Lage in Portugal. Die Portugiesen hätten bei der bevorstehenden Wahl am 5. Juni kaum eine Wahl, denn das Land sei bereits unter den Rettungsschirm geflüchtet und beide großen Parteien hätten sich für diesen Schritt ausgesprochen. Es bestehe die Gefahr, dass der Protest der Bürger und der Europaskeptizismus anwachsen. Auf der einen Seite entstehe in den so genannten GIPS-Staaten wie in Portugal der Eindruck, dass ihre Politik nun in Brüssel entschieden werde. Auf der anderen Seite wachse der Protest, wie z.B. in Finnland, mit der Begründung „wir geben unser Geld nicht für die Südländer“. Damit werde die europäische Integration von zwei Seiten durch den Europaskeptizismus bedroht.

Das zweite zentrale Problem sei die einseitige Ausrichtung der europäischen Governance. Der Stabilitätspakt habe Vorrang vor allen anderen Governance-Aspekten. Trotz der zuvor als positiv beschriebenen Instrumente Europäisches Semester, Scoreboards und Euro-Plus-Pakt sei das Hauptproblem, dass allein auf die Verschuldungskriterien geschaut wird. Es kann laut Hacker kein „Heraussparen“ aus der Krise geben. Die permanente Austerität würde es den GIPS-Staaten nicht ermöglichen, wieder auf einen Wachstumskurs zu kommen und einen Aufschwung der Wirtschaft ermöglichen. Die GIPS-Staaten bräuchten aber Wachstum, um aus der Krise herauszukommen, denn dies gelänge nicht nur dauerhaftes Sparen. Hacker forderte daher eine Wachstums- und Investitionsstrategie, die zurzeit aber nicht ersichtlich sei.

Ein weiteres Problem sei die beschriebene Unterordnung der positiven Ziele der Europa 2020-Strategie, wie z.B. Reduzierung der Armut und Reduzierung der Schulabrecherquoten, unter die harten Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Diese ermöglichten Rat und Kommission, in die Beschäftigungs- und Sozialpolitiken der Mitgliedstaaten hineinzuregieren. Daher glaubt Hacker, dass die Europa 2020-Strategie genauso wie die vorherige Lissabon-Strategie nicht erfolgreich sein wird.

Abschließend skizzierte Hacker Alternativen. Man müsse eine Verbindung zwischen der weit fortgeschrittenen ökonomischen Integration (Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion) und der relativ geringen politischen Integration herstellen. Eine solche Brücke sei der Governance-Ansatz, der auf Grundlage der bestehenden Verträge ohne große Änderungen umgesetzt werden könne. Dazu brauche man erstens eine stärkere mitgliedstaatliche Solidarität, z.B. durch eine Verbundhaftung durch den Ausbau des nun vereinbarten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem Europäischen Währungsfonds und die Ausgabe gemeinsamer Anleihen, der so genannten Eurobonds.

Zweitens benötige die Europäische Union eine gemeinsame und symmetrische Anpassungsstrategie. Im Moment bestehe nur eine asymmetrische Anpassungsstrategie, in dem sich die verschuldeten GIPS-Staaten an das deutsche Modell anpassen sollten. Es müsse im beidseitigen Interesse der Gläubiger- und Schuldnerstaaten liegen, sich

aufeinander zuzubewegen, und auch Deutschland müsse seinen Kurs beenden, der über 15 Jahre in Lohnzurückhaltung bestanden habe. Man brauche daher das bereits diskutierte Modell eines außenwirtschaftlichen Stabilitätspakts. In einem solchen Pakt würden nicht mehr allein nur die Verschuldungskriterien beachtet, sondern die Leistungsbilanzsalden würden im Fokus stehen. Man könnte dann z.B. festsetzen, dass die Staaten mit Sanktionen belegt würden, wenn die Leistungsbilanzsalden über oder unter 3% des BIP lägen. Dann würden Defizit- und Überschussländer gleichermaßen beteiligt. Dieses Modell sei u.a. vom US-Präsidenten Barack Obama im Rahmen der G20-Staaten bereits vorgeschlagen, aber von Deutschland und China verhindert worden.

Ein dritter Vorschlag sei ein sozialer Stabilitätspakt innerhalb der Europäischen Union, um das Dumping bei den Sozialausgaben zu verhindern. Die Sozialausgaben in den Mitgliedstaaten sollten dabei an die jeweilige ökonomische Leistungsfähigkeit gebunden werden. Zudem wären Mindestlöhne in der gesamten Europäischen Union erforderlich, auch in Deutschland. Der europäische Mindestlohn solle nicht gesamteuropäisch festgelegt werden, sondern sich an der Höhe des jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommens in den Mitgliedstaaten orientieren. Außerdem sei bei den Unternehmenssteuern in der EU eine gemeinsame steuerliche Bemessungsgrundlage erforderlich, wie es immerhin auch im Euro-Plus-Pakt erwähnt würde. Es seien Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern nötig, um Steuerdumping, wie z.B. in Irland, zu verhindern.

Viertens sei eine verstärkte lohnpolitische Koordinierung erforderlich; hier sind laut Hacker die Gewerkschaften gefordert. Denn die lohnpolitischen Divergenzen seien ein Hauptgrund für die makroökonomischen Ungleichgewichte. Fünftens sollten die Finanzmärkte in den Dienst der Realwirtschaft gestellt werden. Als letzten Punkt nannte Hacker noch einmal, dass eine Wachstums- und Wohlstandsstrategie auf den Weg gebracht werden sollte, die stärker auf Investitionen in den Krisenländern setze.

Das Kernstück der verschiedenen Alternativvorschläge ist laut Hacker die Governance. Der außenwirtschaftliche und der soziale Stabilitätspakt werde im Sinne der zwei skizzierten Probleme folgendes ermöglichen: Es gebe eine europäische Rahmenvorgabe und innerhalb dieser Vorgabe bliebe den Mitgliedstaaten genug Spielraum für die konkrete Ausgestaltung. Ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht könnte ein Staat z.B. durch höheren Konsum, höhere Steuern oder Löhne erreichen; das könne er aber selber entscheiden. Auch ein sozialer Stabilitätspakt könne als europäische Vorgabe vereinbart werden, z.B. dadurch dass Sozialausgaben in Höhe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gemessen in BIP pro Kopf erfolgen sollte. Wofür die Staaten das Geld dann ausgeben (Renten, Gesundheit, Arbeitsmarktmaßnahmen) könnten sie selber souverän entscheiden. Wichtig ist, so Hacker abschließend, dass eine souveränitätsschonende Balance zwischen europäischer Steuerung und den Einzelinteressen der Mitgliedstaaten erreicht wird.

2.2. Diskussion

Christian Heckhoff, freier Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, stellte zunächst die Frage, ob man das Scoreboard nicht insoweit instrumentalisieren könne, dass sich daraus eine Europäische Ratingagentur initialisieren lässt. Zudem stellte er die Frage, ob auch die diskutierte Finanztransaktionssteuer eine Möglichkeit zur kurzfristigen Krisenbewältigung sei. Hacker antwortete, dass er die Finanztransaktionssteuer nicht vor allem als Instrument der Regulierung sehe, sondern als Möglichkeit die Verursacher der Finanzkrise zumindest teilweise an den Kosten der Krise zu beteiligen. Er bezweifelte jedoch, dass es zu einer Einführung der Finanztransaktionssteuer auf Ebene der G20-Staaten kommt, was von der Bundesregierung und Finanzminister Schäuble bevorzugt werde. Er sprach sich daher für eine europäische Lösung aus, an der eventuell auch nicht alle EU-Mitgliedstaaten wie z.B. Großbritannien beteiligt wären. Für die Regulierung der Finanzmärkte sehe er aber eher andere Instrumente als die Finanztransaktionssteuer als notwendig an, wie eben die genannte Europäische Ratingagentur. Die USA seien im Bereich der Regulierung teilweise weiter als die Europäer. Leider gebe es bei den EU-Mitgliedstaaten keinerlei Einigung zum Thema Europäische Ratingagentur.

Dr. Herbert Jacoby von der Staatskanzlei des Landes NRW stimmte der Analyse von Hacker weitgehend zu. In Bezug auf die im Vortrag skizzierten Alternativen fragte er nach deren konkreten Ausgestaltung am Beispiel des außenwirtschaftlichen Stabilitätspakts und der lohnpolitischen Koordinierung in der Europäischen Union und dabei insbesondere nach den Handlungsmöglichkeiten Deutschlands. Hacker antwortete, dass es ihm nicht darum geht, das deutsche Wettbewerbs- bzw. Exportmodell kaputt zu reden. Es sei aber notwendig, die Arbeitnehmer an der erfolgreichen deutschen Industrie- und Exportpolitik zu beteiligen. In den letzten 15 Jahren sei die Produktivität durchweg stärker als die Reallohnentwicklung gewachsen und deshalb gebe es in Deutschland eine Entwicklung der Lohnstückkosten, die weit abweiche von der Entwicklung in anderen EU-Mitgliedstaaten. Um die Binnennachfrage in Deutschland zu stärken, könnten verschiedene Instrumente angewandt werden. Neben der Reallohnentwicklung könnten staatliche oder private Investitionen angeregt werden oder Steuerentlastungen im Bereich der niedrigen Einkommen erfolgen. Problematisch sei zudem die Entwicklung eines Niedriglohnbereichs vor allem im deutschen Dienstleistungssektor in den letzten Jahren. Die lohnpolitische Koordinierung innerhalb der gesamten Europäischen Union berge natürlich auch Probleme. In Ländern wie Deutschland müssten die Löhne steigen, aber in andere Staaten, in denen die Entwicklung stagniere, könne dies durchaus bedeuten, dass die Löhne sinken müssten. Dies würden natürlich die Gewerkschaften nicht wollen, sie würden eine lohnpolitische Koordinierung nur in eine höhere Richtung akzeptieren. Dies gehe natürlich aus makroökonomischer Sicht nicht und es müsse ein Gleichgewicht bei der Entwicklung geben.

Eberhard Waiz, ebenfalls von der Staatskanzlei des Landes NRW, fragte anschließend, ob die wirtschaftspolitische Koordinierung wie im Europäischen Semester vorgesehen funktionieren könne. Er bezweifelte dies, da verschiedene Instrumente wie die Europa 2020-Beschäftigungsstrategie, der Stabilitäts- und Wachstumspakt usw. integriert seien, die Koordinierung damit hochkomplex sei und die Politiken teilweise auch widersprüchlich seien. Hacker stimmte dieser Analyse zu, sah aber keine Alternative. Dazu müsse man einen deutlichen Schritt nach vorne machen, was nicht nur Koordinierung bedeuten würde, sondern z.B. eine EU-Steuer oder ein gemeinsames EU-Budget, welches dann zwischen den Staaten Mittel umverteilen würde. Dafür stehe das Wort „Transferunion“, welche politisch nicht akzeptiert werde. Eine Alternative zur wirtschaftspolitischen Koordinierung wären gemeinsame Institutionen, um den heterogenen sozioökonomischen Entwicklungen zu begegnen. Dafür gibt es laut Hacker im Moment aber keine Mehrheiten und es fehlt am Willen der Nationalstaaten, ihre Souveränität aufzugeben. Daher müsse man sich wahrscheinlich noch länger mit den verschiedenen Governance-Instrumenten von Krise zu Krise hangeln. Er würde sich politische Kräfte wünschen, deren Ziel es sei, hier langfristig auf eine Staatswerdung hinzuarbeiten.

Nachfolgend fragte Manfred Klein von der Europa-Union in Monheim, welche konkreten Handlungsmöglichkeiten es gebe, um die Finanzmärkte in den Dienst der Realwirtschaft stellen zu können. Zudem stellte Peter Laffin von den Jungen Europäischen Föderalisten die Frage, welche Alternativen es in Portugal überhaupt realistisch gebe, eine andere Partei zu wählen, die den Europakurs nicht mitgehen würde. Brigitte Timmer von der Europa-Union in Duisburg forderte europäische Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und die Einbindung der Bevölkerungen.

In Bezug auf die Möglichkeiten, die Finanzmärkte stärker in den Dienst der Realwirtschaft stellen zu können, verwies Hacker auf seine vorherigen Äußerungen zur Regulierung der Finanzmärkte. Die gemeinsame Regulierung wie z.B. durch eine Europäische Ratingagentur müsse weiter vorangetrieben werden. Leider sei eine Debatte um eine stärkere Regulierung in der letzten Zeit kaum vorhanden gewesen, es werde nur noch über Verschuldungskriterien in der Europäischen Union diskutiert.

Hacker antwortete auf die zweite Frage, dass die Schulden des Staates nicht verschwinden würden und die Bedienung der Schulden noch erschwert werde, wenn ein Land, weil entsprechende Parteien gewählt worden seien, wirklich die Währungsunion zu verlassen beginne. Er halte dies daher nicht für eine wirkliche Option.

Zudem ging Hacker auf die Forderung nach europäischer Solidarität zwischen den Bevölkerungen der Mitgliedstaaten ein und äußerte, dass er eine Aufgabe der Politik auch darin sehe, in der Öffentlichkeit darzustellen, dass der Austritt aus der gemeinsamen Währungsunion für die betroffenen Staaten keine Option ist.

Abschließend plädierte Hacker für einen Mittelweg zwischen der europäischen Governance, die im Moment verfolgt werde, und dem Leitbild einer politischen Union.

Dazu seien auch umfassende europäische Rahmenvorgaben möglich. Wichtig sei aber, dass die Nationalstaaten innerhalb der Vorgaben weiterhin frei über die konkrete Ausgestaltung der Maßnahmen entscheiden können. Denn anders sei eine demokratische Legitimierung auch nicht möglich. Dies sei die Brücke, an der in der Zukunft gearbeitet werden müsse.

3. Rechtlicher Handlungsrahmen – Legitimation einer Europäischen Union in der Krise

3.1. Vortrag Prof. Dr. Ingeborg Tömmel, Universität Osnabrück

Prof. Dr. Ingeborg Tömmel, Direktorin des Jean Monnet Centers of Excellence in European Studies und emeritierte Professorin für Internationale und Europäische Politik an der Universität Osnabrück, diskutierte im zweiten Vortrag die „Legitimation einer Europäischen Union in der Krise“.

Zunächst ging Tömmel auf die Wahlen zum Europäischen Parlament ein, die in der Politikwissenschaft lange Zeit als „Second-Order“-Wahlen galten, indem die Wahlkämpfe nach nationalen Themen bestritten wurden. Zudem würden nationale Parteien gewählt und die Wahlen nach nationalen Verfahren organisiert. Da nationale Themen bestimmend waren sei das Europäische Parlament bisher nicht als wirkliche europäische Legislative zustande gekommen.

In letzter Zeit habe sich das Blatt aber komplett gewendet. Nun würden laut Tömmel europäische Themen in nationalen Wahlkämpfen bestimmend. Beispielsweise habe in Finnland eine rechtspopulistische Partei auf Anhieb 20 Prozent der Stimmen mit dem Wahlkampfversprechen bekommen, den Euro-Rettungsschirm zu verhindern. Die Argumentation sei gewesen: „Keine finnischen Steuergelder zugunsten der Defizitsünder in Europa.“ Hier zeige sich, dass die Finanz- und Schuldenkrise in der EU zum Zankapfel in der nationalen Politik werde.

Es werde zudem deutlich, dass es den Beschlüssen und Maßnahmen der EU in der Krise an Legitimation fehle. Denn nicht nur in Finnland seien die Bürger erbost, dass nationale Steuergelder an Mitgliedstaaten mit Schuldenproblemen fließen würden. Dies sei ein europaweites Problem. Damit fehle es der EU in der Finanz- und Schuldenkrise an politischer Unterstützung von Seiten der Bürger. Tömmel attestierte der EU daher mit der Krise ein wachsendes Legitimationsdefizit.

Erstens bedeutet das Legitimationsdefizit der EU laut Tömmel bedeuten, dass die Union in den Augen der Bürger nicht ausreichend legitimiert ist. Diese Haltung der Bürger zeige sich zum einen daran, dass größeren Integrationsschritten die politische Unterstützung der Bürger fehle. Vor allem seien die Bürger aber nicht zu europäischer Solidarität mit anderen Mitgliedstaaten bereit. Es werde deutlich, dass größere Integrationsschritte von den Bürgern nicht gewollt werden. Die fehlende politische Unterstützung der Bürger für die europäische Integration sei nicht neu; das hat sich laut Tömmel bereits bei den Referenden in Dänemark und Frankreich zum Vertrag von Maastricht 1992 gezeigt. Die Eliten seien bei den Entscheidungen zum Vertrag von Maastricht zum ersten Mal aufgeschreckt worden, als die Bürger die passive Unterstützung des europäischen Projekts beendet hätten. Auch die Einführung des Euro zehn Jahre später sei von den Bürgern als starker Einschnitt in die nationale

Souveränität empfunden worden. Zudem sei die Skepsis der Bürger bei der späteren Osterweiterung groß gewesen. Danach hätten die negativen Referenden der französischen und niederländischen Bürger zum Verfassungsvertrag eine tiefgreifende Krise in der Europäischen Union bewirkt. Ausgerechnet in den alten Mitgliedstaaten, in denen die Unterstützung für das europäische Projekt am größten sei, hätten die Bürger gegen den Verfassungsvertrag gestimmt und damit einen Schock in der Union ausgelöst. Die Finanz- und Schuldenkrise habe verstärkt, dass die politische Unterstützung der EU-Integration vonseiten der Bürger zunehmend fraglich geworden ist.

Jetzt zeige sich zudem, dass die Solidarität mit schwächeren Mitgliedstaaten innerhalb der EU nicht sonderlich ausgeprägt ist. Auch zu dieser Problematik gebe es eine längere Vorgeschichte. Innerhalb der EU habe es immer Nettozahler wie Deutschland und auf der anderen Seite Nettoempfänger bei den Mitgliedstaaten gegeben. Mit der Erweiterung der EU und der Aufnahme wirtschaftsschwacher Staaten habe sich aber die Grenze zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern immer weiter verschoben. Andere Mitgliedstaaten wie die Niederlande seien zu Nettozahlern geworden und dies habe dort bei den Bürgern für großen Unmut gesorgt. Einige Untersuchungen haben laut Tömmel gezeigt, dass dies auch bei dem negativen Referendum in den Niederlanden zum Verfassungsvertrag noch eine Rolle gespielt hat. Auch die letzte mittelfristige Finanzplanung der EU habe gezeigt, dass nationale Egoismen immer mehr in den Vordergrund getreten sind. Wenn Politiker sich dann in der nationalen Öffentlichkeit kritisch über den Britenrabatt oder allgemein über andere Mitgliedstaaten wie die Südländer äußern würden, würden zusätzliche Ressentiments gegen andere Staaten geschürt. Dies trage nicht zu einer Werbung für das europäische Projekt in der Öffentlichkeit bei.

Zweitens betrachtete Tömmel das Legitimationsdefizit in Bezug auf die europäischen und nationalen Institutionen. Zunächst sei die Europäische Kommission nicht demokratisch legitimiert. Dies sei aber bei der Gründung der EU auch nicht geplant gewesen. Sie sei als technisch orientierter Apparat vorgesehen gewesen, der das gemeinsame europäische Interesse im Auftrag der Mitgliedstaaten vertrete. Deshalb seien die Kommissare keine gewählten Vertreter.

Der Ministerrat und der Europäische Rat seien zudem allenfalls indirekt demokratisch legitimiert. Deren Mitglieder seien in ihren nationalen politischen Systemen natürlich gewählte Vertreter, aber sie gehörten dort zu den Exekutiven, während sie auf europäischer Ebene als Legislative im Ministerrat auftreten würden. Unter dem Gesichtspunkt demokratischer Legitimation sei dies ein Defizit, denn nach dem Prinzip der Gewaltenteilung sollten Exekutive und Legislative nicht vermischt sein.

Das Europäische Parlament sei zwar durch Direktwahlen demokratisch legitimiert, aber die Wahlen fänden nach nationalen Gesichtspunkten mit nationalen Parteien statt. Im Wahlkampf würden zudem europäische Themen nicht angesprochen, d.h. bei den Wahlen habe der Bürger keine Chance, über das zu entscheiden, was er in Europa wolle.

Das Parlament sei faktisch nicht legitimiert, da es vom Bürger nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Seit dem Vertrag von Lissabon hätten zudem die nationalen Parlamente ein begrenztes Mitspracherecht auf der europäischen Ebene. Die 27 nationalen Parlamente seien laut Tömmel zwar demokratisch legitimiert, hätten aber auf EU-Ebene nur die Möglichkeit ein Veto einzulegen. Dabei stelle sich die Frage, ob es demokratisch sei, wenn ein nationales Parlament ein Veto, z.B. zur Vertragsänderung für den dauerhaften Euro-Rettungsschirm, einlegen würde. Denn dadurch seien alle ca. 500 Millionen Einwohner der EU betroffen. Problematisch daran sei, dass dann eine Minderheit eine zu große Vetomacht bekommen könne.

Als Zwischenfazit kam Tömmel damit zu dem Schluss, dass die formale Legitimation der Institutionen zwar partiell gegeben ist, aber durchaus Probleme vorhanden sind. Insbesondere die Vertreter im Ministerrat und im Europäischen Rat seien hochrangige Politiker, die in den Mitgliedstaaten Regierungsverantwortung tragen. Deswegen hätten sie eine Doppelfunktion inne: Sie müssten einerseits europaweite Entscheidungen treffen und andererseits müssten sie die Interessen ihrer Nationalstaaten in der EU vertreten. Dabei sei es laut Tömmel heikel, die Balance zu wahren. Gerade in der letzten Zeit habe man gesehen, dass das Pendel oft in die nationale Richtung ausschlägt, d.h. dass sich die Politiker als nationale Interessenvertreter verstehen. Zudem würden sie gerade in der Öffentlichkeit die von ihnen getroffenen EU-Entscheidungen nicht offen und transparent darstellen.

Ein Beispiel dafür sei die Aufschiebung der Entscheidung über den ersten Rettungsschirm durch die Bundesregierung in 2010. Die Entscheidung sei zunächst nicht erfolgt, um vor der NRW-Landtagswahl ein günstiges Klima für die Wahlentscheidung zu schaffen. Dieses Kalkül sei für die schwarz-gelbe Bundesregierung bekanntlich nicht aufgegangen. Die Landtagswahlen seien laut Tömmel auch deshalb verloren gegangen, weil die Bevölkerung in NRW das Spiel durchschaut habe. Dies habe aber für Griechenland verheerende Folgen gehabt, weil die Zinsen der Banken und die Staatsanleihen sich enorm verteuert hätten und der Rettungsschirm dadurch umso größer hätte aufgespannt werden müssen.

Schlimm sei laut Tömmel, dass nicht nur Entscheidungen verzögert sondern von politischer Seite auch Ressentiments geschürt werden. So habe sich beispielsweise Bundeskanzlerin Angela Merkel sehr negativ über die Griechen geäußert. Dies werde in Deutschland und auch in anderen Mitgliedstaaten bei den Bürgern die Solidarität mit den in Not geratenen Staaten nicht vergrößern.

Drittens analysierte Tömmel das Legitimationsdefizit in Bezug auf die Rechtsordnung der EU. Man könnte zunächst sagen, dass der Gesetzgebungsprozess in der EU im formalen Sinne legitimiert sei: Die Kommission unterbreite die Vorschläge und Europäisches Parlament und Ministerrat entschieden dann über die Rechtsakte. Jedoch würden Grundsatzentscheidungen, wie bei Vertragsänderungen und insbesondere auch

im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion, nur dem Europäischen Rat und dem Ministerrat obliegen und Parlament und Kommission allenfalls konsultiert werden. Die Grundsatzentscheidungen im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion seien damit nur schwach legitimiert.

Der vom Europäischen Rat im Dezember 2010 beschlossene dauerhafte Stabilisierungsmechanismus ab 2013 solle nun zudem über ein vereinfachtes Vertragsänderungsverfahren endgültig in den nationalstaatlichen Parlamenten verabschiedet werden, wodurch etwaige negative Referenden der Bürger vermieden werden könnten. Diese erleichterte Vertragsanpassung in der Finanz- und Schuldenkrise führe laut Tömmel auch zu einem Vertrauensverlust der Bürger in die Rechtsordnung der EU. Es entstehe der Eindruck, dass die Verträge zwar das Primärrecht der EU und damit eine Art Verfassung sind, aber man sie dann doch nach Belieben ändern könne.

Außerdem könne man zurzeit beobachten können, dass einzelne Staaten Vereinbarungen in den europäischen Verträgen einfach aussetzen könnten. Das Schengen-Abkommen sei von Dänemark faktisch außer Kraft gesetzt und Grenzkontrollen wieder eingeführt worden. Dies werde zwar kritisiert, aber Dänemark könne dies einfach machen. Dieses Beispiel hänge zwar nicht mit der Finanz- und Schuldenkrise zusammen, aber auch daran könne man nationale Alleingänge sehen. Ein solcher Bruch mit dem EU-Recht sei zunächst möglich, auch wenn die Kommission nun ein Vertragsverletzungsverfahren anstrebe. Die nationale Politik in Dänemark folge damit den Forderungen rechtspopulistischer Parteien und setze EU-Recht außer Kraft. Auch dies führe zu einem Vertrauensverlust in die europäische Rechtsordnung und damit zu einer sinkenden politischen Unterstützung der Bürger für die EU.

Nach der Input-Legitimation, von Fritz Scharpf definiert als Herrschaft durch das Volk im Sinne der Vertretung der Interessen der Bürger durch die gewählten Repräsentanten, wandte sich Tömmel der Debatte um die Output-Legitimation der Europäischen Union zu. Gerade Fritz Scharpf habe argumentiert, dass es an der Input-Legitimation zwar mangle, aber die EU bis zu einem gewissen Grad durch die Output-Legitimation gekennzeichnet sei. Die Output-Legitimation sei definiert als Herrschaft für das Volk: wenn kollektive Entscheidungen im Interesse des Gemeinwohls gefällt würden, dann könne man diese auch dann als legitim bezeichnen, wenn der Wille des Volkes nicht unbedingt durch gewählte Repräsentanten erfüllt werde.

Die Output-Legitimation in der EU galt laut Tömmel so lange als erfüllt, so lange die Union Vorteile für das Gemeinwohl gebracht habe, wie Frieden, Sicherheit, Wohlfahrt und Prosperität für alle Bürger. Nun sehe es in der Finanz- und Schuldenkrise in Bezug auf die Output-Legitimation aber anders aus, denn es gebe Zweifel, ob die EU in der Lage sei, die Probleme zu lösen. Die öffentliche Debatte und die unterschiedlichen Ansichten in der EU würden die Zweifel an der Problemlösungsfähigkeit der Union verstärken. Selbst wenn die Politik kurzfristige Lösungen finde, bleibe offen, was die langfristigen Folgen seien. Denn es entstehen laut Tömmel wachsende Schuldenberge von denen niemand weiß, wie sie in der Zukunft abgetragen werden könnten. Gerade diese

Zukunftsperspektiven würden die Bürger und dabei insbesondere die Jugend kritisch stimmen.

Auch die Wahrnehmung einer mangelnden Verteilungsgerechtigkeit in der Politik der EU ist nach Tömmel ein Problem für die Output-Legitimation. Einerseits sei die Umschichtung zwischen den Mitgliedstaaten ein Problem für die Bürger, denn es mangle an Solidarität zwischen den Bevölkerungen der Mitgliedstaaten. Andererseits finde eine Umschichtung von der öffentlichen Hand an private Unternehmen, in diesem Fall die Banken, statt. Diese Geldtransfers von staatlicher Seite an private Banken könnten sich auf Dauer negativ auf die Legitimation der EU auswirken, wenn den Bürgern die enormen Transfers deutlich würden.

In ihren Schlussfolgerungen fasste Tömmel ihre Hauptargumente wie folgt zusammen: Erstens habe die Finanz- und Schuldenkrise die Legitimationsdefizite der Europäischen Union enorm erhöht. Zweitens mangle es den Beschlüssen auf europäischer Ebene sowohl an Input- als auch an Output-Legitimation. Drittens schwinde das Vertrauen der Bürger in die Problemlösungsfähigkeit, die Rechtsordnung und die Verteilungsgerechtigkeit der EU. Viertens träten nationale Egoismen immer mehr in den Vordergrund und verweigerten die Bürger die Solidarität unter den Mitgliedstaaten.

Abschließend forderte Tömmel erstens die verantwortlichen Politiker auf, in der Öffentlichkeit darzustellen, dass europäische Solidarität gerechtfertigt und gleichzeitig im nationalen Interesse ist. Die Politiker sollten vor allem keine populistischen Parolen verbreiten, denn diese würden die Wahlergebnisse bei nationalen Wahlen nicht verbessern und den Rechtspopulismus in Europa nur vergrößern sowie den Europaskeptizismus nähren.

Zweitens solle das Finanzgebaren aller Mitgliedstaaten durch unabhängige Gremien effektiv kontrolliert werden. Die Kontrolle solle nicht durch den Ministerrat oder den Europäischen Rat erfolgen, denn dann würden die Sünder über sich selber entscheiden. Auch eine wirksame Finanzmarktregulierung solle eingeführt werden. Zusammen hätten die 27 Mitgliedstaaten der EU das Gewicht, dies in internationalen Gremien voranzubringen.

Drittens solle das Thema soziale Gerechtigkeit auf die Agenda der Europäischen Union gesetzt werden, dazu würden sich einzelne Bereiche wie die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit anbieten, auch um den drohenden Generationskonflikt zu entschärfen. Es gebe genug Themen, die gemeinsam auf EU-Ebene gelöst werden könnten, ohne das bestehende System der nationalen Wohlfahrtsstaaten aufzulösen.

Viertens sollten das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente Kontrollrechte in der Wirtschafts- und Finanzpolitik erhalten. Jedoch solle ein nationales Parlament nicht die Rolle eines einzelnen Vetospielers einnehmen können, sondern es seien Quoren erforderlich, eine Mindestzahl von nationalen Parlamenten, die sich gegen oder für bestimmte Beschlüsse aussprechen. Man solle den nationalen Parlamenten in

der Zukunft auch ein positives Mitgestaltungsrecht geben. Nach den jetzigen Bestimmungen seien sie ja nur Vetospieler.

3.2. Diskussion

Prof. Dr. Werner Abelshauer von der Universität Bielefeld verwies darauf, dass Tömmel in ihrem Vortrag den Egoismus der Nationalstaaten angeprangert hat und fragte nach der Verträglichkeit dieser Aussage mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Demnach sei die EU eine Vertragsgemeinschaft souveräner Staaten, wodurch die Nationalstaaten als legitime und zentrale handelnde Akteure innerhalb der EU identifiziert würden. Abelshauer verwies auf die historische Bedeutung dieser Gegebenheit. Er erinnerte an die Montanunion, die stärkeren supranationalen Charakter gehabt habe. Diese sei 1957 durch die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bewusst aufgegeben worden.

Tömmel antwortete, sie habe die Rolle der Nationalstaaten nicht schmälern wollen, sie habe lediglich dafür plädiert, dass diese ihre Doppelfunktion als Spieler auf europäischer Ebene und als nationale Politiker bzw. Regierungsvertreter besser wahrnehmen sollten. Sie störe sich am Populismus und an den Ressentiments, die die aktuelle Debatte bestimmten. In einer Vertragsgemeinschaft müsse man in bestimmten Situationen auf europäischer Ebene gemeinsam handeln. Von der gemeinschaftlichen Handlungsfähigkeit habe die EU lange profitiert. Momentan sei diese jedoch eingeschränkt. Eine Abwägung gemeinsamer und nationaler Interessen sei immer wieder notwendig, müsse den Bürgern allerdings auch als solche kommuniziert werden.

Prof. Dr. Ulrich von Alemann von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf zweifelte an Tömmels These, dass ein dramatisch zunehmendes Legitimationsdefizit in der EU herrscht. Er glaube vielmehr, dass es sich um ein „normales“ Defizit handelt. Das von den Bürgern empfundene Legitimationsdefizit auf nationaler sei mit dem auf europäischer Ebene vergleichbar. Auch auf nationaler Ebene herrsche große Politik-, Politiker- und Parteienverdrossenheit. Dies sei insofern besorgniserregend, als die Bürger mit der nationalen Ebene unmittelbar in Kontakt stünden. Im Hinblick auf ein formales Legitimationsdefizit verwies von Alemann darauf, dass auch der Bundesrat mangelhaft legitimiert sei, ähnlich den von Tömmel im Vortrag angesprochenen europäischen Institutionen. Von Alemann sprach auch andere Organe wie den Bundespräsidenten, das Bundesverfassungsgericht und den Bundeskanzler an, die nicht direkt gewählt würden. Die Direktwahl sei kein Hauptkriterium demokratischer Legitimation, wichtig sei vielmehr das Vorhandensein einer Legitimationskette. Das beschriebene „normale“ Legitimationsdefizit sei ein Problem, das fast alle nationalen politischen Systeme beschäftige.

Tömmel stimmte zu, dass im Gesetzgebungsprozess der Rat und das Europäische Parlament weitgehend, wenn auch nicht direkt, legitimiert seien, Gesetze zu verabschieden. Tömmel hob den Bundestag als Beispiel für eine vollständig demokratisch legitimierte Institution hervor. Das Problem in der EU sei, dass alle Entscheidungen in Bezug auf Vertragsänderungen und auf die Wirtschafts- und Währungsunion im Wesentlichen vom Europäischen Rat gefällt werden. Die lange Legitimationskette reiche in diesem Fall aber nicht aus, um solch weitreichende und alle Mitgliedstaaten direkt betreffende Entscheidungen zu beschließen. Allerdings sei es richtig, bestimmte Aufgaben an Expertengremien wie die Europäische Zentralbank zu delegieren. Tömmel fügte hinzu, dass nicht mehr von einem „gefühlten“ Legitimationsdefizit gesprochen werden kann, wenn die Unterstützung der Bevölkerung tatsächlich fehle. Politikverdrossenheit sei in der Tat auch auf nationalstaatlicher Ebene sehr problematisch, auf europäischer Ebene sehe sie jedoch eine tiefe Kluft zwischen den europäischen Eliten und einer Bevölkerung, die zunehmend europaskeptische Einstellungen ausbilde.

Prof. Dr. Hein Hoebink von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf fragte, ob die europäischen Bürger nicht als Legitimationsmaßstab in erster Linie an der Problemlösungskompetenz der EU, die die der Nationalstaaten übertreffe, interessiert seien. Hoebink erbat von Tömmel Beispiele, an denen sich ein Zuwachs an Lösungsmöglichkeiten durch die EU und ein Mehrwert im Hinblick auf dringlich erscheinende Problemlösungen zeige. Tömmel stellte fest, dass die EU lange Zeit als problemlösungsfähig gegolten hat, ein Beispiel sei die Umweltpolitik. Sie hob hervor, dass in der Nachkriegsphase Prosperität und Frieden in Europa maßgeblich zu einer Output-Legitimation der EU beigetragen haben. Dies gestalte sich jedoch mit zunehmender Komplexität der Probleme als immer schwieriger.

Susanne Metzler von der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Landesvertretung Brüssel, wies darauf hin, dass das Europäische Parlament im Rahmen der wirtschaftspolitischen Koordinierung bestrebt ist, mehr Kontrollrechte einzufordern. Die Mitgliedstaaten seien über ihre Vertretung im Europäischen Rat ihrer Meinung nach diejenigen, die einen stärkeren Einfluss des Europäischen Parlaments verhinderten. Zur Frage nach der Rolle des Europäischen Parlaments antwortete Tömmel, dessen Input-Legitimation sei geschwächt, infolge des Mangels an europäischen Parteien, Wahlen und Wahlkampfthemen. Sie sprach sich für eine weitere Übertragung von Kontrollrechten an das Europäische Parlament aus, insbesondere in Wirtschafts- und Währungsfragen und bei Grundsatzentscheidungen, um unterschiedliche Szenarien und Alternativen aufzuzeigen und in die öffentliche Debatte einzuspeisen.

Prof. Dr. Hartwig Hummel von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf stellte die Frage, wieso trotz grundsätzlich pro-europäischer Einstellungen der nationalen und europäischen Parteien und Eliten Blockaden im europäischen Integrationsprozess, wie sie momentan zu beobachten seien, entstünden. Laut Tömmel liege der Grund darin,

dass Politiker in den Nationalstaaten ihrer Aufgabe, politische Meinung zu aggregieren und zu vertreten, auf europäischer Ebene nicht gerecht werden. Ein adäquates Ausfüllen ihrer Doppelfunktion werde durch die Interessen der Politiker, wiedergewählt zu werden, erheblich erschwert. Als Beispiel nannte Tömmel das Zögern der deutschen Politik, insbesondere der Regierung, vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 2010 finanziellen Hilfen für Griechenland zuzustimmen. Schon seit Jahren fehle ein Dialog zwischen Politik und Öffentlichkeit über Sinn und Nutzen der europäischen Integration.

Stephan Sticherling, Ortsvereinsvorsitzender der SPD Düsseldorf-Oberbilk, stellte fest, dass trotz europafreundlicher Ausrichtung der deutschen Parteien europäische Anliegen kein „Herzenthema“ darstellten. Gerade in den Ortsvereinen der Parteien gebe es emotionalere und leichter vermittelbare Themen. Deshalb würden hier Schwerpunkte gesetzt. Sticherling stellte die Frage, ob sich diese Zurückhaltung mit einer Kompetenzstärkung des Europäischen Parlaments grundlegend wandeln könnte. Dr. Jürgen Metka von der Europa-Union Köln wies ergänzend auf das Problem der Vielsprachigkeit innerhalb der Europäischen Union hin, die eine umfassende Information der Bevölkerung verhindere, und fragte nach möglichen Lösungen.

Tömmel gab Sticherling Recht, dass eine Stärkung des Europäischen Parlaments zu einer besseren Verankerung europäischer Themen in nationalen Parteien führen könnte. Sie wies jedoch darauf hin, dass die Besonderheit des europäischen Systems und seine Eigenschaft als Verbund von Staaten berücksichtigt werden muss. Die nationalen Politiker seien in der Pflicht, sich europäischer Themen stärker anzunehmen und diese zu artikulieren. Die Vielsprachigkeit innerhalb der EU sah Tömmel nicht als wesentliches Hemmnis; häufig seien in den Mitgliedstaaten ähnliche Diskurse zu beobachten, die sich jenseits von Sprachbarrieren ähnlich ausdrückten. Sie räumte ein, dass europäischen Themen teilweise die Emotionalität fehle. In manchen Punkten lasse sich jedoch das Gegenteil feststellen – sie denke an die Diskussionen rund um die Einführung des Euro, die Osterweiterung, den Verfassungsvertrag und die aktuelle Krise. Bei der Artikulierung europäischer Anliegen seien neben Politikern und Bürgern ebenso die Medien, die Europabewegung und die Universitäten in der Pflicht.

4. Wirtschaftliche Entwicklungen in Europa – Ökonomie der Krise(n) jenseits von politischer Rhetorik

4.1. Vortrag Prof. Dr. Gustav Horn, Institut für Makroökonomie und Konjunkturentwicklung (IMK) Düsseldorf

Als dritter Referent beleuchtete Prof. Dr. Gustav Horn vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturentwicklung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf die Krise aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive. Sein Vortrag stand unter dem Titel „Ökonomie der Krise(n) jenseits von politischer Rhetorik“.

Der Ökonom verwies zunächst auf die unterschiedlichen Leistungsbilanzen innerhalb des Euroraums als krisenverstärkendes Problem und zugleich als „Geburtsfehler“ der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzsalden stammten daher, dass einige Mitgliedstaaten das für das gesamte Währungsgebiet geltende gemeinsame Inflationsziel von rund zwei Prozent tendenziell eher über-, manche es unterschritten haben. Das Inflationsziel müsse jedoch in jedem einzelnen Land eingehalten werden. Im Fall der dauerhaften Überschreitung seien die Konsequenzen Aufwertung, ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und eine negative Außenhandels- und Leistungsbilanz. Die Staaten, die eine solche Politik dauerhaft betrieben, verschuldeten sich zwangsläufig im Ausland. Im anderen Fall, also der stetigen, tendenziellen Unterschreitung der Inflationsziels, komme es grundsätzlich zu Abwertung und damit zu hoher Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsbilanzüberschüssen. Diese Staaten häuften dadurch Vermögen im Ausland an.

Als problematisch sah Horn diese zweigeteilte Entwicklung an, weil sie letztlich zur Zahlungsunfähigkeit der Länder mit negativer Leistungsbilanz – wie zuerst im Falle Griechenlands zu beobachten war – führen musste. Deren Steigerung der Schulden im Ausland sei auf Dauer nicht tragbar gewesen. Es sei laut Horn kein Zufall gewesen, dass die Grenze der Kreditwürdigkeit Griechenlands im Jahr 2009 erreicht wurde. Gerade im Zuge der globalen Finanzkrise hätten internationale Anleger ihre Anlageform besonders kritisch geprüft und seien daher in der Tendenz eher zurückhaltend und nicht risikobereit gewesen. Im Rahmen dieser Prüfung habe dann im Herbst 2009 die erste Ratingagentur die Bonität Griechenlands heruntergestuft, später seien Spanien, Portugal und Irland gefolgt. Dies habe eine Kettenreaktion ausgelöst: Die Herabstufung habe den Markt teilweise in Panik versetzt und zu massenhaften Verkäufen geführt, die Zinsaufschläge für die Anleihen der betroffenen Länder stiegen deutlich.

Die Besonderheit der Konstruktion der Währungsunion, dass souveräne Nationalstaaten sich zusammen geschlossen haben, habe laut Horn eine Art Finanzausgleich, wie er innerhalb der EU-Mitgliedstaaten beispielsweise als Länder- oder kommunaler Finanzausgleich betrieben werde, oder eine „Transferunion“ verhindert. Gerade hier komme das Thema „politische Rhetorik in der Krise“ gut zum Tragen, da von Seiten der

Politik der Begriff der „Transferunion“ auf europäischer Ebene stark negativ besetzt werde und derartige kompensierende Mechanismen politisch – gerade von der Bundesrepublik Deutschland – nicht gewollt seien.

Den Kern der Schuldenkrise sah Horn damit in der Nichteinhaltung des gemeinsamen Inflationsziels von rund zwei Prozent im Euroraum. Hier wies Horn nochmals darauf hin, dass nicht nur die Länder, die jenes Inflationsziel überschritten, die Entwicklung der Krise verschärften, sondern auch die, die es unterschritten. Er betonte, dass alle Mitglieder des Euroraums, sowohl Gläubiger wie Schuldner, in einem Boot säßen. Den Gläubigern drohten Abschreibungen. Diese verschlechterten auch deren wirtschaftliche Situation. Die politische Rhetorik allerdings suggeriere teilweise, dass die verschuldeten Staaten „gesündigt“ und die Gläubiger tugendhaft etwas Geld zur Verfügung gestellt hätten. Einseitige Schuldzuweisungen seien nicht nur sinnlos, sondern sogar gefährlich für den Zusammenhalt des Euroraums.

Griechenland habe zwar Fehler gemacht, da es einige Zeit Staatsschulden angehäuft und trotz einer relativ positiven Wirtschaftsentwicklung über seine Verhältnisse gelebt habe. Die hohe Auslandsverschuldung Spaniens hingegen sei das Ergebnis einer Immobilienblase gewesen, da über das vernünftige Maß hinaus investiert worden sei. In Irland sei der Immobilien- und Bankensektor das Problem gewesen, in Portugal eher der Staatssektor. Doch auch auf Seiten der anderen Länder seien Fehler begangen worden, da sie die gemeinsam definierte Inflationsrate in der Tendenz ständig unterschritten. Horn stellte dar, dass gerade in Deutschland die Leistungsbilanzüberschüsse zu Beginn des letzten Jahrzehnts die einzige Wachstumsquelle gewesen seien. Deutschland hätte wissen müssen, dass sein Wachstum auf den Schulden der anderen Staaten basierte. Eine gleichgewichtigere Entwicklung hätte von allen Staaten angestrebt werden müssen. Dies hätte für Deutschland bedeutet, die Binnennachfrage zu stärken, um exportschwächeren EU-Staaten die Möglichkeit zu geben, ihre Konjunktur anzukurbeln und sich so dem gemeinsam definierten Inflationsziel wieder anzunähern. Diese langfristige Strategie sei jedoch explizit abgelehnt worden, im Gegenteil sei immer größere Wettbewerbsfähigkeit gefordert worden. Horn plädierte daher für eine Stärkung der deutschen Binnennachfrage.

Neben den auf lange Sicht notwendigen wirtschaftspolitischen Anpassungen diskutierte Horn auch mögliche Maßnahmen zur kurzfristigen Krisenbewältigung. Es gebe den Vorschlag eines Austritts überschuldeter Staaten aus dem Euroraum. Zudem sei ein sehr populärer Vorschlag die Umschuldung, die als so genannter „haircut“, als definierter Abschlag auf alle griechischen Staatsanleihen von rund 50 Prozent, oder in „weicher“ Form, in Gestalt einer Laufzeitverlängerung der Anleihen, erfolgen könne. Horn sprach sich sowohl gegen einen Austritt aus dem Euroraum als auch gegen Umschuldungsmaßnahmen aus. Seiner Meinung nach würde eine Umschuldung das Vertrauen am Kapitalmarkt in die überschuldeten Staaten erheblich beschädigen, da Teile der Forderungen nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt bedient werden

könnten. Damit würden Vertragsbedingungen nicht erfüllt. Horn sah die Gefahr, dass Ratingagenturen die gesamten Anleihen in der Folge deutlich abstufen könnten.

Laut Horn könne man bei einer gemeinsamen Währung, in der sich die betroffenen Länder verschuldet hätten, einen Staatsbankrott verhindern, wenn man es wolle. Kurzfristig müssten den verschuldeten Ländern Kredite zu deutlich niedrigeren Zinsen gewährt werden. Horn betonte, dass die momentan geltenden hohen Zinsen untragbar seien, weil die Gläubiger mit ihnen Gewinne machten. Politische Rhetorik zeige sich auch im Verschleiern der Tatsache, dass noch kein Geld an Griechenland geflossen sei, sondern lediglich Garantien für die finanzielle Liquidität des Rettungsschirms zur Verfügung gestellt worden seien.

Als weitere institutionelle Maßnahme schlug Horn die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds mit weitreichenden Kompetenzen vor, der sowohl präventiv die Leistungsbilanzsalden der EU-Staaten überprüfen als auch Kredite im Krisenfall zur Verfügung stellen solle. Der Europäische Währungsfonds, mit Mitteln entsprechend der Stärke der Mitgliedstaaten ausgestattet, solle Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten Kredite zu möglichst niedrigen Zinssätzen gewähren, um ihnen eine Perspektive für die Konsolidierung zu ermöglichen. Auflagen wie eine restriktive Finanzpolitik seien für die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit weiterhin notwendig und müssten auch durchgesetzt werden.

Die Schärfe der aktuellen politischen Rhetorik sei laut Horn existenzgefährdend für den Zusammenhalt der Währungsunion. Denn die Akzeptanz der Spar- und Austeritätsprogramme gehe in den verschuldeten Ländern immer weiter zurück, was sich in Demonstrationen und politischen Niederlagen der jeweiligen Regierungen widerspiegele und gleichzeitig die Bereitschaft der Geberländer senke, weitere Unterstützungsmaßnahmen zu leisten.

Ökonomisch und politisch würde Deutschland nach Meinung von Horn durch ein Auseinanderbrechen der Eurozone großen Schaden nehmen. Enorme Abschreibungen und Kettenreaktionen drohten. Finanzmärkte seien besondere Märkte, da der Rohstoff, aus dem sie Gewinn machten, Unsicherheit sei. Horn plädierte noch einmal für einen Europäischen Währungsfonds, denn durch diesen könne eine Verminderung der Unsicherheit und Beruhigung der Märkte erreicht werden. Er stelle einen institutionalisierten Mechanismus dar, mit dem die EU generell auf Krisen reagieren könne. Eine solche Maßnahme sei bei der Gründung der Währungsunion leider versäumt worden. Horn schloss seinen Vortrag mit der Bemerkung, dass es zur europäischen Integration gehöre, die Eurozone ökonomisch als Inland zu betrachten und damit eine gemeinsame Verantwortung für die Währung zu übernehmen.

4.2. Diskussion

Henning Großmann von der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen fragte nach Horns Meinung zur Einführung einer gemeinsamen europäischen Staatsanleihe, um die Liquiditätsprobleme zu lösen. Horn stand den so genannten Eurobonds grundsätzlich positiv gegenüber. Durch sie könne der Europäische Währungsfonds, wie er im Vortrag beschrieben worden sei, finanziert werden. Eine solche Anleihe wäre nach Meinung des Referenten ein sehr attraktives Wertpapier, da ein großer Markt, nämlich der gesamte Euroraum, hinter ihr stehen würde und sie somit hohe Liquidität verspreche. Aufgrund der Unterstützung durch alle Regierungen des Euroraums wäre ein solches Papier laut Horn ein brauchbares Mittel zur Krisenbekämpfung.

Deniz Alkan, ebenfalls von der Staatskanzlei, nahm die mittelfristige Perspektive in den Blick und fragte, inwiefern man sich an die Idee gewöhnen müsse, dass es einen Finanztransfer innerhalb der EU und damit eine Transferunion gebe, die die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten angleichen könne. Zudem stelle sich die Frage, inwieweit die Einrichtung einer solchen Transferunion eben nicht möglich sei, wenn man bedenke, dass die EU noch immer eher ein Gebilde von Nationalstaaten sei. Horn machte deutlich, dass er eine Transferunion bewusst nicht gefordert habe, da damit eine politische Grundsatzentscheidung verknüpft sei. Er forderte eine intensive Debatte über die Frage, inwieweit die EU als Verbund von Nationalstaaten auf Dauer Bestand haben könne, um für die Idee einer Transferunion politische Akzeptanz zu erreichen. Horn verwies auf die Scheu vieler nationaler Regierungen in der EU, für einen Transfermechanismus zu argumentieren, gerade im Angesicht zunehmender euroskeptischer Tendenzen.

Prof. Dr. Tömmel von der Universität Osnabrück kam nochmals auf den geforderten Europäischen Währungsfonds zurück und fragte nach Horns Einschätzung der politischen Durchführbarkeit dieser Idee. Horn verwies darauf, dass es schon einmal einen Vorschlag von Finanzminister Schäuble, der die Einrichtung eines solchen Fonds anstrebte, gegeben habe, wobei diese Idee nicht weiter verfolgt wurde. Auch in anderen Ländern und besonders in Brüssel werde sie sehr offen diskutiert. In Deutschland sah Horn weniger Unterstützung für einen Europäischen Währungsfonds, da hierzulande parteiübergreifend sehr national argumentiert werde, was schon während der Finanzkrise und der Implementierung von Konjunkturpaketen aufgefallen sei.

Dr. Jürgen Metka von der Europa-Union Köln kritisierte, dass Lösungsmöglichkeiten, wie Horn sie formuliert habe, nicht zu einem früheren Zeitpunkt vorgetragen worden seien. Der Referent entgegnete, dass Ökonomen schon im Vorfeld der Errichtung der Europäischen Währungsunion auf die Problematik von Leistungsbilanzungleichgewichten hingewiesen hätten, dies aber zur damaligen Zeit kein populäres Thema dargestellt habe und nicht als Problem empfunden worden sei, was sich erst in der Krise geändert habe. Man befinde sich in einem „Prozess pathologischen Lernens“.

Prof. Dr. Werner Abelshauser von der Universität Bielefeld stellte zwei Einwände dar. Die Vorstellung, es sei noch kein Geld an Griechenland geflossen, verharmlose in seinen Augen die Situation. Zudem sei das von Horn vorgestellte Modell im Wesentlichen preis- und währungsorientiert. Er als Wirtschaftshistoriker plädiere eher für eine realistischere Sichtweise, die verschiedene Wirtschaftskulturen und andere Einflussfaktoren als Ursache für die Zentrifugalkräfte im Euroraum mitberücksichtige. Horn pflichtete bei, dass die Bürgschaften für Deutschland ein gewisses Risiko bedeuteten. Dieses Risiko bestehe allerdings auch, wenn keine Garantien gegeben würden, da dann der Staatsbankrott Griechenlands drohe. Horn stimmte Abelshauser auch in dem Punkt zu, dass die Ursachen für heterogene Wirtschaftsentwicklungen innerhalb Europas vielfältig seien, allerdings ließen sie häufig auf der Preisebene ablesen. Wichtig sei, dass am Ende in einem Land die Rechnung aufgehe, unabhängig von den diversen wirtschaftskulturellen Hintergründen. Abelshauser merkte an, dass er nicht glaube, ein idealer Währungsraum sei einfach herstellbar, beispielsweise durch einen Europäischen Währungsfonds. Horn antwortete, dass die Eurozone sicher keinen idealen Währungsraum darstelle, jedoch müsse das Problem nicht derart technokratisch gesehen werden. Eine gemeinsame, abgestimmte positive Entwicklung des Euroraums sei prinzipiell möglich, was die Vergangenheit gezeigt habe.

Die folgenden vier Wortmeldungen wurden gesammelt und dann von Horn am Ende der Diskussionsrunde beantwortet. Ulrich Kaiser vom Arbeitskreis Europa der SPD Duisburg erbat Horns Meinung zu einer Finanztransaktionssteuer. Bernd Schäfer vom Kreisverband Leverkusen der Europa-Union sah eine Einmischung in die nationalen Innenpolitiken als problematisch an, als Beispiel führte er den aufgeblähten Verteidigungshaushalt Griechenlands an. Er stellte daher die Frage, wie weit der Einfluss der EU auf die Politik eines Mitgliedstaates im Zuge einer Zinsvergabe gehen könne und dürfe. Dr. Daniel Gros vom Centre for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel zog in Zweifel, dass noch kein Geld an Griechenland geflossen sei. Die Hilfe werde über bilaterale Kredite, die teilweise schon ausbezahlt worden seien, finanziert und nicht über den EFSF. Die Frage, die sich stelle, sei vielmehr, wie hoch die Wahrscheinlichkeit sei, dass Griechenland die Kredite bedienen könne. Auch Prof. Dr. Heinz-Dieter Smeets von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf bezweifelte, dass Griechenland seinen Schuldendienst begleichen könne. Der Finanzierungsbedarf des Landes betrage jährlich rund 50 Milliarden Euro und die entsprechenden Überschüsse würden nicht erwirtschaftet. Er pflichtete Gros bei, dass bereits Geld an Griechenland geflossen sei, und zwar über die vom Bund finanzierte KfW.

Horn befürwortete eine Finanzmarkttransaktionssteuer, ihre Einführung müsse allerdings politisch gewollt und gesellschaftlich akzeptiert sein, weshalb er für eine Einbeziehung des Europäischen Parlamentes warb. Horn bestätigte, dass bereits bilateral Geld an Griechenland geflossen sei, die entscheidende Frage sei aber, wie vom Publikum angesprochen, ob Griechenland seinen Schuldendienst begleichen könne oder nicht. Laut Modellrechnungen des IMK gebe es die Chance, dass bei niedrigen Zinssätzen und mithilfe weiterer Anpassungsmaßnahmen Griechenland in zwei bis drei Jahren den



Weg aus der Schuldenkrise schaffen könne. Zum Vorwurf, die EU würde Eingriffe in die nationale Innenpolitik von verschuldeten Staaten vornehmen, betonte Horn, dass der Beitritt zur Währungsunion freiwillig erfolgt sei und das gemeinsam vereinbarte Inflationsziel daher in jedem Land gelte. Die politische Umsetzung dieses Ziels liege allerdings vollständig im nationalen Kompetenzbereich.

5. Podiumsdiskussion: Welche Chancen und Probleme ergeben sich für die europäische Integration?

Unter der Leitung von Prof. Dr. Ulrich von Alemann diskutierten im Anschluss an die drei Vorträge Prof. Dr. Klaus Hänsch, Präsident des Europäischen Parlamentes a. D., Prof. Dr. Werner Abelshauer, von der Universität Bielefeld, Dr. Daniel Gros, Direktor des Centre for European Policy Studies (CEPS) in Brüssel und Dr. Wolfgang Kowalsky vom Europäischen Gewerkschaftsbund. Thema der Paneldiskussion war die Frage, welche integrationspolitischen Perspektiven nach der Krise aufgezeigt werden können und in welche Richtung die europäische Integration sich weiterentwickeln wird. Alemann thematisierte drei Themenkomplexe:

- die politische Krisenarbeit in der Europäischen Union angesichts der Wirtschafts- und Währungsprobleme,
- die politische Partizipation und Kommunikation in Europa sowie
- die europäische Identität und Integration.

Nach der Vorstellung der Teilnehmer bat Alemann die Panelisten um eine Einschätzung, wie eine nachhaltige europäische Krisenbewältigung aussehen müsse. Hänsch nannte als wichtige Punkte Solidarität zwischen den beteiligten Staaten sowie die politische Fähigkeit und Bereitschaft, Krisen durchzustehen und Umwege zu gehen, wo sie nötig würden. Hänsch verwies darauf, dass die EU zwar als Friedensgemeinschaft gegründet worden, aber nie eine Ruhegemeinschaft gewesen sei. Ihre historische Bestimmung sei es, Krisen durchzustehen. Hänsch machte deutlich, dass Solidarität nicht als Einbahnstraße verstanden werden könne, sondern immer auch im Interesse aller Mitgliedstaaten, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, liege.

Abelshauer verwies auf divergente Wirtschaftskulturen innerhalb der EU, die vor allem in den Nationalstaaten entstanden seien und jeweils eigene Denk- und Handlungsweisen pflegten. Die besondere kulturelle Identität der deutschen Wirtschaft sei laut Abelshauer auch der Grund, warum Deutschland schon lange zu den vier größten Handelsnationen gehöre. Abelshauer sah keinen Lösungsansatz in der Vereinheitlichung der Wirtschaftsstrategien; entscheidend sei vielmehr deren Praktikabilität. Europa sei noch lange nicht soweit, als geschlossen auftretender Akteur handeln zu können. Er betonte, dass Deutschland als wirtschaftliche Einheit noch immer wichtiger sei als Europa und dass eine gemeinsame europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik Deutschlands komparative Vorteile zunichtemachen würde. Daher plädierte er für eine Beibehaltung der unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen, damit diese ihre institutionellen Vorteile auf dem Weltmarkt geltend machen könnten.

Gros antwortete, sein Institut und er seien von den täglichen politischen Mechanismen nicht in diesem Maß beeinflusst, seine Aufgabe als Nationalökonom sehe er eher im Finden von Krisenbewältigungsstrategien. Wenn man die Geschichte betrachte, müsse man allerdings feststellen, dass auf dem Weg der Währungsintegration nicht ausnahmslos jede Krise zu Fortschritt geführt habe, wie es Hänsch zuvor angedeutet hatte. Die momentane Krise schätzte Gros als besonders problematisch ein, weil Versäumnisse der letzten zehn Jahre aufgeholt werden müssten und einige Länder zudem enorme Schuldenberge angehäuft hätten, die es zu organisieren gelte. Nach seiner Meinung sei nicht einschätzbar, ob Griechenland bei günstigeren Zinssätzen in der Lage sein werde, die Schulden zu bedienen, wie Horn es zuvor in seinem Vortrag skizziert hatte. Unter den gegenwärtigen Bedingungen befürchtete Gros eher ein politisches und ökonomisches Auseinanderdriften der Mitgliedstaaten. Alemann bat Gros, die wichtigsten Versäumnisse der Vergangenheit in Bezug auf die Wirtschafts- und Währungsunion zu erläutern. Gros führte an, dass die Haushaltsdisziplin nicht konsequent genug überwacht worden sei, im Gegenteil Deutschland und Frankreich als Erste sogar den Stabilitätspakt aufgeweicht hätten. Viel gravierender noch sei aber das Versäumnis, keine gemeinsamen Mechanismen zur Stabilisierung der Finanzmärkte geschaffen zu haben. Eine Bankenstabilisierung sei eine Gemeinschaftsaufgabe und sie sei notwendig, um die Krise zu überwinden.

Kowalsky zeigte sich sehr beunruhigt über die aktuellen Krisenentwicklungen. Seiner Einschätzung nach empfänden die Griechen das von ihrer Regierung momentan durchgeführte Sparprogramm, welches u. a. Gehaltskürzungen und Privatisierungen beinhalte, als von der EU aufgezwungen und hochgradig ungerecht. Kowalsky betonte, dass Griechenland zwar viele hausgemachte Probleme habe, beispielsweise ein ineffizientes Steuersystem. Die aktuelle Sparpolitik sei jedoch sozial ungerecht, da sie vor allem die Arbeitnehmer treffe. Brüssels Austeritätspolitik wirke wie ein Aderlass und bringe keine substantielle Verbesserung. Die Krise sei eigentlich eine Finanzmarktkrise und daher forderte Kowalsky eine schärfere Regulierung der Finanzmärkte sowie eine Bankenbeteiligung an den Kosten. Generell sehe er die Notwendigkeit einer Art von New Deal, in dessen Rahmen Investitionen notwendig seien, um in der Krise wieder Perspektiven aufzuzeigen. Die Krisenprävention habe nicht funktioniert, weil es keine effiziente Finanzmarktregulierung und keine Finanztransaktionssteuer gebe. Die Gewerkschaften forderten einen Kurswechsel hin zu einem arbeitnehmerfreundlicheren Europa.

Alemann stellte die Nachfrage, wieso die Gewerkschaften ihren Einfluss auf europäischer Ebene in den vergangenen Jahren nicht geltend gemacht und ein neoliberales Modell der absoluten Marktfreiheit nicht verhindert hätten. Kowalsky antwortete, dass der traditionelle Bündnispartner der Gewerkschaften, die Sozialdemokraten, erstens in immer weniger Ländern die Regierung stellten und zweitens dort, wo sie noch an der Macht seien, wie in Griechenland, Spanien oder Portugal, mit immensen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hätten. Früher habe es zwischen den Gewerkschaften und den europäischen Institutionen Vereinbarungen und

Absprachen gegeben und dadurch sei es möglich gewesen, eine Sozialagenda zu implementieren. Bei der heutigen EU-Kommission vermisste Kowalsky ein deutliches sozialpolitisches Programm.

Den zweiten Teil der Diskussion leitete Alemann mit der Frage an den früheren Präsidenten des Europäischen Parlaments ein, wie sich das Europäische Parlament entwickelt habe und wie stark der Faktor der demokratischen Mitbestimmung in Europa zu gewichten sei. Hänsch beschrieb eine positive Entwicklung der parlamentarischen Mitwirkung in Europa. Aus dem Europäischen Parlament als reiner Beratungsinstitution sei ein echtes Entscheidungsorgan geworden. Die Präsenz des Europäischen Parlaments und seiner Entscheidungen in den Medien habe sich entsprechend seiner Stärkung verbessert. Das habe wiederum zu einem renationalisierten Verhalten der Abgeordneten geführt, was aber insofern nicht beunruhigend sei, als keine Nation im Europäischen Parlament über eine Mehrheit verfüge. Nach wie vor bestehe auf europäischer parlamentarischer Ebene ein permanenter Kompromisszwang, der funktioniere. Die weitere Verbesserung der Kommunikation sei nötig, aber ein langwieriger Prozess, der durch verschiedene Sprachen und sehr heterogene nationale politische Kulturen gebremst werde. Es stelle sich außerdem die Frage, ob eine einheitliche europäische politische Kultur überhaupt erstrebenswert sei. Abschließend forderte Hänsch die verantwortlichen Politiker dazu auf, Haltung zu zeigen und nicht in eine „Kassandra-Mentalität“ zu verfallen. Ein Zusammenbruch des Euroraums geschehe nur, wenn man ihn zulasse, hätte dann aber nicht nur für die Währungsunion, sondern für das gesamte politische Projekt der Einigung Europas weitreichende Folgen. Die europäischen Nationen könnten sich heute ökonomisch, politisch und kulturell nur noch gemeinsam in der Welt behaupten. Die heute selbstverständlich gewordene Friedensgemeinschaft reiche nicht mehr als Motivation, den Einigungsprozess voranzutreiben. Hänsch forderte daher eine Abkehr von der Illusion, die EU als „Wirtschaftsgemeinschaft mit beschränkter Haftung“ anzusehen. Die zur Stützung verschuldeter Staaten aufgelegten Hilfsprogramme seien zwar wichtige Maßnahmen, gingen aber über kurzfristiges Krisenmanagement nicht hinaus. Hänsch sprach sich dafür aus, die Währungsunion durch eine politische Union zu ergänzen. Dies bedeute eine verbindliche Koordinierung der Wirtschafts-, Fiskal- und Haushaltspolitiken der Mitgliedstaaten. Mehr, nicht weniger Europa sei der richtige Weg der Krisenbewältigung.

Abelshauer merkte an, dass Europa nicht unbedingt als Einheit betrachtet werden könne. Das Potential und die unterschiedlichen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten sollten klug zusammengefasst und nicht durch Vereinheitlichung zerstört werden. Die Chance liege in der Beschränkung. Abelshauer plädierte für eine sorgfältige Prüfung, welche Schritte im Rahmen der Verträge möglich seien. Er erinnerte an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon und pochte darauf, dass jeder Schritt in Richtung supranationaler Identität Europas vom Souverän entschieden und befürwortet werden müsse. Alemann fragte nach, ob mehr nationale Souveränität und die Stärkung der Einspruchsrechte der nationalen Parlamente durch den Vertrag von

Lissabon keinen Rückschritt für die europäische Einigung bedeuteten. Abelshäuser verwies nochmals auf die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts zu den Verträgen von Maastricht und Lissabon. Die Verfassungslage gebe vor, dass eine Souveränitätsabgabe an Europa demokratisch legitimiert werden müsse.

Kowalsky warf ein, dass die deutsche Bundesregierung sich hinter den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts verstecke und schon in der Finanzkrise eher zögerlich gehandelt habe. Man dürfe nicht vergessen, dass das Grundgesetz europafreundlich sei. Eine Diskussion über die Verträge sei jedoch absolut notwendig. Gerade deshalb finde er es enttäuschend, dass eine Debatte darüber in Deutschland, anders als beispielsweise in Frankreich, gar nicht aufgenommen worden sei. Auch im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament würden parteiübergreifend fast ausschließlich nationale Fragen formuliert, so dass kein echter europäischer Wahlkampf entstehen könne. Kowalsky stellte sich gegen die Idee, einfach dem Europäischen Parlament mehr Macht zu übertragen. Damit werde dessen Legitimitätsproblem, das sich in einer ständig sinkenden Wahlbeteiligung ausdrücke, nicht gelöst. Nur demokratische Diskussion könne das Legitimitätsdefizit abbauen. Der Verfassungskonvent habe genau das versucht, sei jedoch eher eine elitäre Diskussion gewesen. Zuletzt warnte Kowalsky davor, dass anti-europäische Parteien nicht nur in Ländern wie Frankreich und Finnland, sondern zukünftig auch in Deutschland Aufwind erhalten könnten.

Auch Hänsch widersprach Abelshäusers Interpretation der Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Schließlich hätten diese Urteile die Ratifizierung des Vertrags von Maastricht und des Vertrag von Lissabon möglich gemacht. Eine Souveränitätsübertragung auf die EU sei nach deutscher Verfassungslage möglich, wenn Bundestag und Bundesrat mit den entsprechenden Mehrheiten zustimmten. Das „Schreckgespenst“ eines Europäischen Bundesstaats oder von Vereinigten Staaten von Europa sei seit dem Beitritt Großbritanniens und spätestens seit dem der skandinavischen Länder vom Tisch. Nicht Vereinheitlichung, sondern Einigung der Völker müsse das politische Ziel sein.

Gros stimmte der Aussage von Hänsch zu, dass die Währungsunion als Gesellschaft mit beschränkter Haftung dargestellt wird. Die so genannte „No-bailout-Klausel“ drücke die Ablehnung gegenseitiger Haftung aus, wenn sei auch Hilfen nicht verbiete. Gros plädierte dafür, zu einer ehrlichen Einschätzung zu gelangen und diese entsprechend zu kommunizieren. Die politische Kommunikation verlaufe aber eher vorsichtig und verharmlosend. So werde argumentiert, es handle sich lediglich um Kredite, die Gefahren seien gering und die Hilfe alternativlos. Gros stellte klar, dass eine gegenseitige Haftung nicht rein aus Sachzwängen heraus begründet werden dürfe, sondern auf einer politischen Grundsatzentscheidung beruhen müsse, die dann auch ehrlich zu kommunizieren sei.

Im dritten Teil der Diskussion ging es um den gegenwärtigen Zustand und die Zukunft der europäischen Identität und Integration. Abelshäuser hielt die Krise für so grundsätzlich, dass Kreditvergaben die Probleme nicht endgültig lösen könnten. Er

kritisierte die Strategie des „subversiven Funktionalismus“ und die Darstellung alternativer Notwendigkeiten, um die europäische Integration zu forcieren. Er sei nicht gegen Europa, halte aber die „Hurra-Rhetorik“ für schädlich. Abelshausen schlug vor zu prüfen, ob es sinnvoll sei, das Europäische Währungssystem teilweise wieder einzuführen, also zu nationalen Währungen zurückzukehren. Im Hintergrund jeder Überlegung müsse die Frage stehen, was europäische Politik und eine europäische Währung leisten solle. Zudem merkte Abelshausen an, dass in der Finanzkrise nicht die EU, sondern die Nationalstaaten Handlungsfähigkeit bewiesen hätten.

Kowalsky betonte, dass der Euro als Klammer für Europa fungiere und über das Risiko seines Zusammenbruchs nicht ohne Weiteres spekuliert werden solle, da dies die Verunsicherung der Finanzmärkte noch verstärke. Seiner Einschätzung nach hätte ein Zusammenbruch des Euro verheerende Folgen und würde mehr als nur die gemeinsame europäische Währung infrage stellen. Die adäquaten Lösungsansätze seien strikte Regulierung, Investitionsprogramme und eine Finanztransaktionssteuer. Nationale Lösungen für eine globale Finanzkrise gebe es nicht. Sollten einige Länder als Bremsen den Prozess verlangsamen, schlug Kowalsky ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ vor. Als problematisch schätzte er ein, dass die von der EU-Kommission vorgeschlagene Economic Governance vielen Parlamentariern nicht hinreichend bekannt sei. Er habe kein Verständnis dafür, dass das Europäische Parlament sich nicht gegen die Machtfülle der Kommission zur Wehr setze. Weiterhin betonte Kowalsky, dass die Gewerkschaften nach wie vor pro-europäisch seien. Er verwies auf deren Engagement für den Verfassungsvertrag. Gewerkschaftliche Forderungen müssten jedoch weiterhin eingebracht werden können, damit die Unterstützung für Europa erhalten bleibe. Der Kommission müsse klar sein, dass ohne die Zustimmung der Gewerkschaften kein Europa-Referendum mehr zu gewinnen sei.

Hänsch distanzierte sich vom Vorschlag Abelshausens, zu den nationalen Währungen zurückzukehren, und bezeichnete ein Auseinanderbrechen des Euroraums als Katastrophe, die außerhalb jeder vernünftigen politischen Perspektive liege. So sei der enorme Aufwertungsdruck für Deutschland ökonomisch und politisch nicht zu bewältigen. Hänsch hielt es für eine Fehleinschätzung, man könne heute einfach an das alte Europäische Währungssystem anknüpfen.

Auch Gros kritisierte den Vorschlag Abelshausens zu einer Rückkehr zu nationalen Währungen. Er betonte, der Euro könne auch zusammengehalten werden, wenn die Staaten weiterhin nur in begrenztem Maße gegenseitig hafteten, doch dann seien große Reformen des Finanzsystems und ein tragfähiger Mechanismus zum Schuldenabbau nötig. Er könne jedoch keine Schritte in diese Richtung ausmachen.

Hänsch bestätigte, dass die Schritte noch nicht ausreichend seien. Man müsse sich nicht mehr die Frage nach dem „Ob“, sondern nach dem „Wie“ einer Transferunion stellen. Auch Deutschlands Exportüberschüsse der letzten Jahre hätten als eine Art Transfermechanismus gewirkt. Hänsch drängte nochmals auf eine verbindliche Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitiken, überwacht durch die

Mitgliedstaaten und nicht durch die Kommission. Er hielt es für bemerkenswert, dass sich noch während des Verfassungskonvents Deutschland gemeinsam mit Großbritannien vehement gegen eine strengere wirtschaftspolitische Koordinierung und eine Art Wirtschaftsregierung gewehrt hätten, heute jedoch die deutsche Kanzlerin zusammen mit dem französischen Präsidenten eine solche Koordinierung, wenn auch in unzureichendem Maße, forcieren.

Abelshausen hielt die EU für politisch nicht stark genug, das alte Währungssystem wieder einzuführen, solange der Euro noch funktioniere. Er warb jedoch für den Fall einer drastischen Verschlechterung der Situation, beispielsweise in Italien, Spanien oder Portugal, für die Einführung eines flexiblen Währungssystems, das einerseits kalkulierbare Wirtschaftsgrundlagen biete, andererseits aber kein Land zur Mitgliedschaft zwingt.

In der Schlussrunde sprach Gros sich nachdrücklich gegen eine Wiedereinführung des Europäischen Währungssystems aus und betonte, dies sei kein komfortabler Krisenausweg, sondern das Ende der europäischen Integration. Nur im Einzelfall und unter speziellen Bedingungen könne es zu einem Austritt Griechenlands aus der Eurozone kommen. Dies würde aber keine grundsätzliche Abkehr von der Währungsunion bedeuten. Auch Kowalsky sprach in diesem Zusammenhang von einem „Spiel mit dem Feuer“. Die Wiedereinführung der griechischen Drachme würde seiner Meinung nach zu starker Abwertung und damit zu einem extremen Anstieg der Auslandsschulden Griechenlands führen und letztlich den Staatsbankrott Griechenlands bedeuten. In Deutschland würden durch die Aufwertung im Fall einer Wiedereinführung der D-Mark exportabhängige Arbeitsplätze gefährdet. Hänisch erinnerte daran, dass das Europäische Währungssystem durch einen Spekulanten zu Fall gebracht worden sei; dies dürfe dem Euro nicht passieren. Es sei zutiefst undemokratisch, wenn es möglich werde, dass Spekulation eine Währungsunion vernichte. Deutschland müsse begreifen, dass die europäische Gemeinschaft Opfer verlange. Sonst drohe ein Verlust der gesamten europäischen Einigung.

6. Anlagen

6.1. Lebensläufe der Referenten und Moderatoren

Prof. Dr. Ulrich von Alemann

Prorektor für Lehre und Studienqualität und Leitung des Lehrstuhls Politikwissenschaft II an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

- Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Staatsrecht und Geschichte in Münster, Köln, Bonn, Edmonton/ Kanada
- 1973: Promotion an der Universität Bonn
- 1972-1977: Wissenschaftlicher Assistent an der Pädagogischen Hochschule Rheinland
- 1978-1984: Professor an der Universität Duisburg
- 1984-1998: Leitung des Lehrgebietes Allgemeine Politikwissenschaft an der FernUniversität Hagen
- Seit 1998: Leitung des Lehrstuhls Politikwissenschaft II an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- 2006-2009: Dekan der Philosophischen Fakultät
- Seit Februar 2009: Prorektor für Lehre und Studienqualität an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- Seit 1999: Leitung der Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE)

Dr. Angelica Schwall-Düren

Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

- Studium der Geschichte, Politischen Wissenschaft, Französisch in Freiburg i. Br., Montpellier und Münster
- 1973: Erstes Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien
- 1973-1977: Wissenschaftliche Hilfskraft und akademische Tutorin an der Universität Freiburg i. Br.
- 1977: Promotion in Wirtschafts- und Sozialgeschichte
- Zweites Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien
- 1977-1994: Lehrerin an Gymnasien in Ahaus und Gronau
- 1982: Zusatzprüfung in Soziologie in Münster
- 1985/1992: Weiterbildung zur Familientherapeutin und Supervisorin
- 1994-2010: Mitglied des Deutschen Bundestages
- November 1998: Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD
- Bis Oktober 2002: Bundestagsfraktion, zuständig für Personalfragen
- 2002-2010: Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Seit dem 15. Juli 2010: Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und Bevollmächtigte des Landes bei Bund

Dr. Björn Hacker

Referent für Internationale Wirtschaftspolitik und vergleichende Wohlfahrtsstaatsreform der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin

- 2003: Bachelor of Arts, Europäische Studien (Schwerpunkte Politikwissenschaften und Volkswirtschaftslehre) an der Universität Osnabrück
- 2005: Master of Arts, Institut d'Études Politiques in Paris
- 2005-2008: Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Osnabrück
- 2006-2009: Doktorand im Graduiertenkolleg „Arbeitnehmerinteressen und Mitbestimmung in einem Europäischen Sozialmodell“ der Hans-Böckler-Stiftung
- 2009-2010: Trainee im Referat Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin

Prof. Dr. Ingeborg Tömmel

Direktorin des Jean Monnet Centers of Excellence in European Studies der Universität Osnabrück

- emeritierte Professorin für Internationale und Europäische Politik sowie Jean Monnet Chair an der Universität Osnabrück
- Lehre und Forschung an den Universitäten Berlin (FU), Nijmegen (NL) sowie Victoria (BC, Canada)
- Seit der Emeritierung (Oktober 2008) Gastprofessuren an den Universitäten von Ottawa (Canada) sowie Kairo (Ägypten)
- Trägerin des Diefenbaker-Award des Canadian Council 2005/06

Prof. Dr. Gustav Horn

Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

- 1973-1979: Studium der Volkswirtschaftslehre an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität Bonn
- 1980-1981: Studium an der London School of Economics
- 1992: Promotion an der Technische Universität Berlin
- 2001: Habilitation an der Technische Universität Berlin
- 1979-1980: Wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl Finanzwissenschaft der Universität Bonn
- 1981-1986: Assistent am Lehrstuhl für Angewandte Wirtschaftsforschung der Universität Konstanz
- 1986, 1990-1998: Wissenschaftler am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)
- 1998-1999: kommissarischer Leiter der Abteilung Konjunktur im DIW
- 2000-2004: Leiter der Abteilung Konjunktur im DIW
- Seit 2005: Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf
- Seit 2007: apl. Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Flensburg

Prof. Dr. Klaus Hänsch

Präsident des Europäischen Parlaments a.D.

- 1960-1965: Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie in Köln, Paris und Berlin, Promotion 1969
- 1968-1970: Redakteur der deutsch-französischen Vierteljahresschrift „Dokumente“
- 1971-1979: Pressesprecher des Ministers für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen Johannes Rau
- 1979-2009: Mitglied des Europäischen Parlaments
- 1994-1997: Präsident des Europäischen Parlaments
- 2002-2003: Mitglied des Präsidiums des EU-Verfassungskonvents
- 2003-2004: Vertreter des Europäischen Parlaments in der Regierungskonferenz über den Verfassungsvertrag
- 1979-2009: u.a. Mitglied des Ausschusses für Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie des Institutionellen- bzw. Verfassungsausschusses
- 1989-1994 und 1997-2002: Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)
- 1973-1994: Lehrbeauftragter an der Universität Duisburg (Honorarprofessor)

Prof. Dr. Werner Abelshauser

Forschungsprofessur für Historische Sozialwissenschaft an der Universität Bielefeld

- 1966-1970: Studium der Volkswirtschaften an der Universität Mannheim
- 1973: Promotion, Ruhr-Universität Bochum
- 1980: Habilitation (Wirtschafts- und Sozialgeschichte), Ruhr-Universität Bochum
- 1971-1979: Wissenschaftlicher Assistent an der Ruhr-Universität Bochum
- 1980-1983: Privatdozent für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum
- 1983-1988: Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum
- 1988-1991: Lehrstuhl für Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts am Europäischen Hochschulinstitut Florenz
- 1991-2010: Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Bielefeld
- Seit 2010 Forschungsprofessur für Historische Sozialwissenschaft

Dr. Daniel Gros

Direktor des Centre for European Policy Studies (CEPS), Brüssel

- Studium an der Universität Rom
- 1984 Promotion, University of Chicago
- Seit 2000: Direktor des Centre for European Policy Studies (CEPS), Brüssel
- Seit 2005: Präsident und Vize-Präsident des Eurizon Capital Asset Management
- Seit Oktober 2009: Mitglied des Aufsichtsrats der Zentralbank von Island
- u.a. Berater des Europäischen Parlaments, Mitglied der Stakeholder Group der Europäischen Bankaufsichtsbehörde EBA
- Lehraufträge an diversen europäischen Universitäten, u.a. in Leuven, Frankfurt, Basel, Kiel, Prag

Dr. Wolfgang Kowalsky

Referent beim Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Brüssel

- Sozialwissenschaftliches Studium in Berlin und Paris
- Promotion und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU
- Lektor des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD)
- Referent für Grundsatzfragen beim 1. Vorsitzenden im Bundesvorstand der IG Metall
- Gastwissenschaftler am Kulturwissenschaftlichen Institut im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen
- Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB), Referent
- seit 2005 Referent beim Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbunds

Prof. Dr. Hartwig Hummel

Professor für Europapolitik und Internationale Beziehungen an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

- Studium der Sozialgeographie, Physischen Geographie und Politikwissenschaft an der Universität Tübingen
- 1989-1991: Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Tübingen
- 1991: Promotion an der Universität Tübingen
- 1991-1993: Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Duisburg
- 1993-2001: Wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. wissenschaftlicher Assistent an der Technischen Universität Braunschweig
- 1999: Habilitation in Politikwissenschaft an der Technischen Universität Braunschweig
- Seit 2001: Professor für Europapolitik und Internationale Beziehungen an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- Seit 2009: Leitung der Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE)

Prof. Dr. Stefan Bajohr

Professor am Lehrstuhl Politikwissenschaft I der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

- 1972-1978: Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und in Bielefeld, Zürich und Marburg, 1978: Promotion
- 1979-1980: Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter an der Philipps-Universität Marburg
- 1980-1982: Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundeskanzleramt, Bonn
- 1982-1985: Regierungsangestellter im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
- 1985-1990: Persönlicher Referent des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
- 1990-1995: Gruppenleiter im Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- 1995-2000 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, Haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 2000-2008: Gruppenleiter im Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
- Seit 2000: Lehrbeauftragter am Lehrstuhl Politikwissenschaft I der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, 2004 Honorarprofessor an der Philosophischen Fakultät
- Seit 2009: Professor am Lehrstuhl Politikwissenschaft I der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

6.2. Kontaktdaten der Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE)

Forschungs-Initiative NRW in Europa (FINE)

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Politikwissenschaft II und III
Universitätsstr. 1
D-40225 Düsseldorf

Ansprechpartner

Prof. Dr. Ulrich von Alemann
Prof. Dr. Hartwig Hummel
Anne Gödde, M.A.
Lea Scheurer

Kontaktdaten

Tel.: +49 (0)211 – 81 15097
Fax: +49 (0)211 – 81 15648
E-Mail: fine@phil.uni-duesseldorf.de

www.fine.uni-duesseldorf.de
www.datenbank-europa-nrw.de